



Geschäftsbericht 2011 / 2012
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung



Hamburg

INHALTSVERZEICHNIS

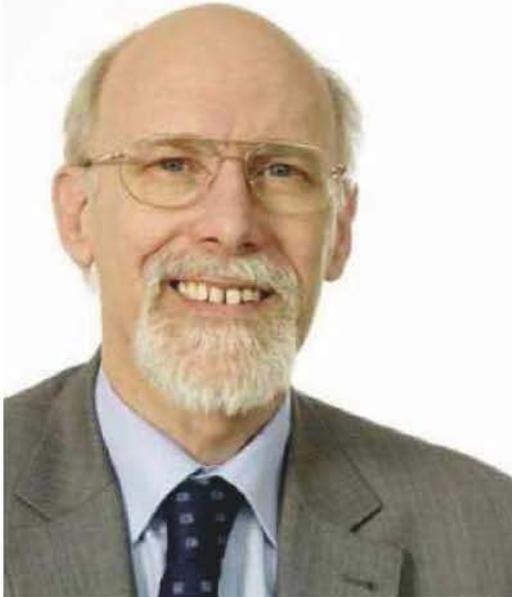
1. Vorwort	3
Der LGV: 10 Jahre Erfolg im Dienst für Wirtschaft und Verwaltung	4
2. Der Verwaltungsrat	7
Bericht des Verwaltungsrates	8
Mitglieder Verwaltungsrat	9
3. Organigramm und Kennziffern im Überblick	11
4. Im Rückblick: 10 Jahre Landesbetrieb	15
5. Im Blickpunkt: unsere Daten und Dienstleistungen	19
Daten und Dienstleistungen im Auftrag der Kunden	20
Bezugssystem und Liegenschaftskataster stellen sich den Anforderungen des 21. Jahrhunderts	25
Der Gutachterausschuss und seine Geschäftsstelle: Wertermittler für Hamburgs Grund und Boden	30
Geokompetenzzentrum: Geoinformations-Koordination für Hamburg	39
6. Jahresabschluss in Zahlen	45
Lagebericht 2012	46
Anhang zum Jahresabschluss 2012	65
Gewinn- und Verlustrechnung 2011 / 2012	71
Bilanz 2011 / 2012	72
Impressum	74



1.

VORWORT

DER LGV: 10 JAHRE ERFOLG IM DIENST FÜR WIRTSCHAFT UND VERWALTUNG



GESCHÄFTSFÜHRER
OLAF-WERNER WELZEL

Dieses Jahr feiern wir vom Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (LGV) unser 10-jähriges Bestehen. Seit unserer Gründung im Jahre 2003 meisterten wir zahlreiche fachliche Herausforderungen, um

- » die Vermarktung der Geobasisdaten und Dienstleistungen,
- » die technische Optimierung der Produkte und Dienste
- » und den Aufbau einer hamburgischen und regionalen Geodateninfrastruktur nachhaltig sicherzustellen. Dabei war es stets eines unserer wichtigsten Ziele, „den Behörden und sonstigen Kunden effektiver Partner zu sein und unsere Dienstleistungen nutzen- und kundenorientiert zu erbringen.“

Nach nun 10 Jahren stellen wir stolz fest: Wir haben die hohen Erwartungen, die der Senat an uns gestellt hat, voll erfüllt. Auch in den abgeschlossenen Geschäftsjahren 2011 / 12 – wie übrigens in all den Jahren zuvor – haben wir nachgewiesen: Wir sind ein verlässlicher und kompetenter Partner unserer Kunden. Dies zeigen auch die entsprechenden Zahlen der vorgelegten Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen.

Zeit, danke zu sagen

Um all dies zu erreichen, bedurfte und bedarf es natürlich einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit unseren Kunden. Hierfür möchte ich herzlich danken! Ein gleichermaßen herzliches Dankeschön sage ich der Aufsicht führenden Behörde: Unsere Zusammenarbeit war immer konstruktiv und vertrauensvoll. Schwierige und teils langjährige Prozesse, die auch mit Organisationsanpassungen und mit Änderungen von Geschäftsprozessen verbunden waren, wurden stets unterstützt und gefördert. An dieser Stelle gebührt auch dem Verwaltungsrat, der mit Rat und Tat die Aktivitäten des LGV begleitete, großer Dank.

Nicht zuletzt möchte ich unseren Beschäftigten den herzlichen Dank und die Anerkennung der Geschäftsführung aussprechen. Ohne ihren unermüdlichen Einsatz für den LGV wäre auch das Erreichen weiterer wichtiger Ziele – ich nenne nur die Stichworte „haushaltsentlastende Wirtschaftsführung“, „Technologietransfer“ und „Zukunftssicherung“ – so nicht möglich gewesen. Die stetig gewachsene, sehr hohe Identifikation mit dem LGV und die damit untrennbar verbundene Motivation zeigen deutlich, welche positive Entwicklung hier stattgefunden hat. Gewiss hat dies auch wesentlich zu dem guten monetären Ergebnis beigetragen.

Immer im Rahmen geblieben ...

Die im folgenden Geschäftsbericht beispielhaft angeführten Entwicklungen zeigen deutlich, wie der LGV die technologischen und fachlichen Anforde-

rungen angenommen und diese produkt- und kundenorientiert gestaltet hat. Dabei mussten bundesweite Rahmenbedingungen, wie sie beim Liegenschaftskataster und bei der Geotopographie (AFIS®-ALKIS®-ATKIS®) vorgegeben worden sind, beachtet und für Hamburg umgesetzt werden. Gleiches gilt für den Aufbau und die Weiterentwicklung der Geodateninfrastruktur in Hamburg und in der Metropolregion. Hier kam zudem mit der Umsetzung der EU-Richtlinie INSPIRE noch eine europäische Komponente zum Tragen. Kooperationen mit anderen Bundesländern, besonders mit Schleswig-Holstein, und in der Metropolregion haben uns gezeigt, dass Synergieeffekte auf beiden Seiten zu generieren sind. Für den LGV als GDI-Dienstleister und Know-how-Träger eröffnen sich hier zunehmend neue Geschäftsfelder.

... Akzente gesetzt ...

In den vergangenen beiden Jahren konnten deutliche Akzente bei der Erledigung von vermessungstechnischen Großprojekten in der kommunalen Vermessung, der Bearbeitung von 3D-Modellen oder im Bereich der Mediengestaltung gesetzt werden. Diese Entwicklungen sind erfreulich. Sie bestätigen, dass professionelles Management und kompetente Fachberatung Kunden von der Leistungsfähigkeit des LGV überzeugen.

... und sich für neue Herausforderungen gewappnet

Weitreichende rechtliche Veränderungen auf dem Gebiet der Grundstücksbewertung haben die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses und den Gutachterausschuss selbst stark gefordert. So wurde die Zonierung der Bodenrichtwerte erfolgreich abgeschlossen. Änderungen der Immobilienwertermittlungsverordnung haben zu Anpassungen bei der Erstellung von Wertbeurteilungen und Gutachten geführt. Die zunehmend zur Abrechnung anstehenden Sanierungsgebiete müssen in fachlich anspruchsvollen Verfahren zügig bearbeitet werden.

Wir sind gut aufgestellt!

Die fachlichen und wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen, dass der LGV gut aufgestellt ist. Mit uns haben Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung in Hamburg einen kompetenten, engagierten Dienstleister, der auch in Zukunft aktuelle Aufgaben überzeugend erledigt und neue Anforderungen erfolgreich bewältigt.



Rolf-Werner Welzel,
Geschäftsführer, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung



2.

DER VERWALTUNGSRAT



BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Der Verwaltungsrat hat die Aufsicht führende Behörde bei der Steuerung des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung unterstützt. Dazu gehörte insbesondere die Überwachung der Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung auf der Grundlage regelmäßiger ausführlicher schriftlicher Berichte der Geschäftsführung.

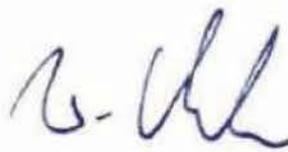
In den Geschäftsjahren 2011 und 2012 trat der Verwaltungsrat zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen und hat auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen und ergänzender mündlicher Berichte der Geschäftsführung die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsperspektiven des Landesbetriebes sorgfältig erörtert.

Die Jahresabschlüsse und Lageberichte 2011 und 2012 wurden rechtzeitig erstellt und im Verwaltungsrat ausführlich beraten. Sie wurden von der Vorprüfstelle der Finanzbehörde geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Nach Kenntnisnahme der Prüfberichte der Vorprüfstelle hat der Verwaltungsrat der Aufsicht führenden Behörde die Feststellung der vorgelegten Jahresabschlüsse empfohlen.

Der Verwaltungsrat dankt der Geschäftsführung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die mit großem Engagement geleistete Arbeit.

Werner Koch



Vorsitzender des Verwaltungsrates



VORSITZENDER DES VERWALTUNGSRATES
WERNER KOCH

MITGLIEDER VERWALTUNGSRAT

Im Geschäftsjahr 2011 und 2012 setzte er sich zusammen aus:

- » Senatsdirektor Dr. Horst-Michael Pelikahn
(Mitglied und Vorsitzender bis 24. Mai 2012)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
zurzeit Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Forschung

- » Herr Werner Koch
(stellvertretender Vorsitz, ab 25. Mai 2012 Vorsitzender)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

- » Herr Willi Rickert
ab 25. Mai 2012
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (stellvertretender Vorsitz)

- » Herr Jörn Riedel
Finanzbehörde
Chief Information Officer

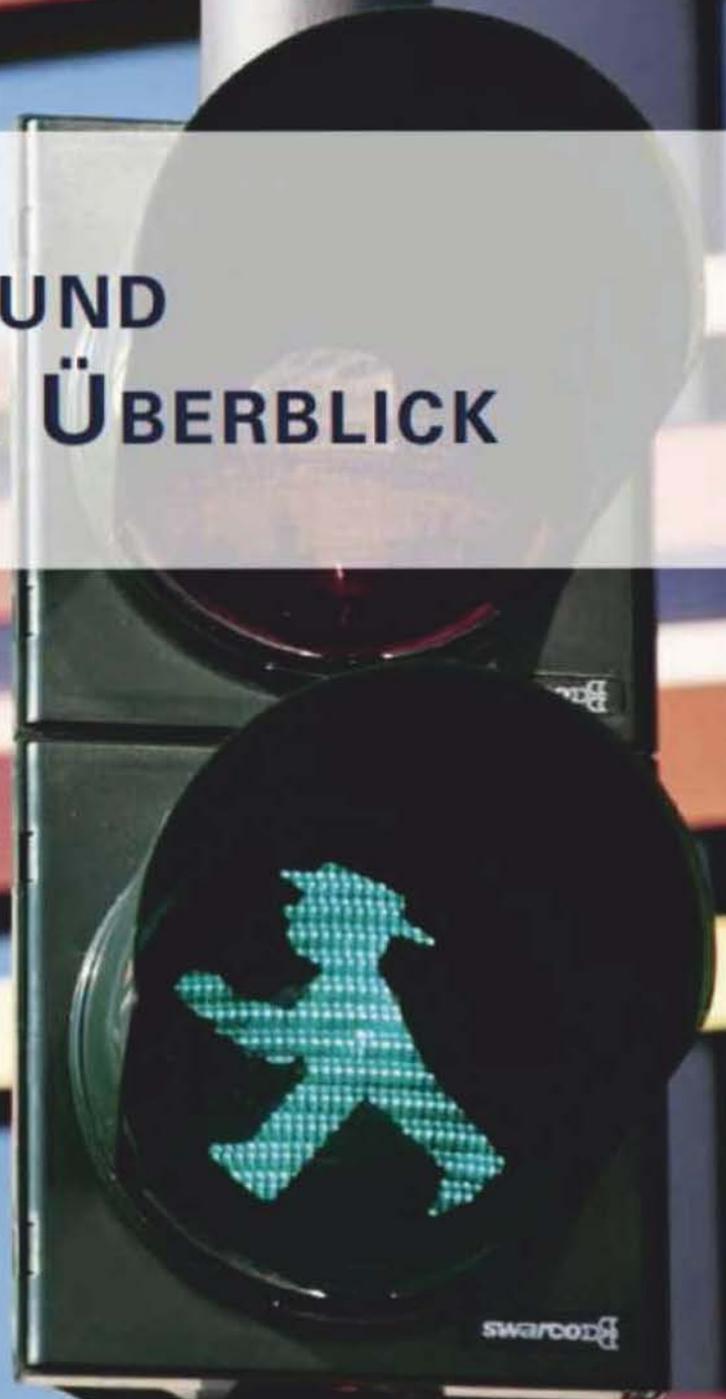
- » Prof. Dr.-Ing. Harald Sternberg
Hafen City Universität Hamburg

- » Dr. Hubert Bischoff,
megatel Informations- und Kommunikationssysteme GmbH

- » Herr Hans-Peter Schmitz
Vorsitzender des Personalrats
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

3.

ORGANIGRAMM UND KENNZIFFERN IM ÜBERBLICK



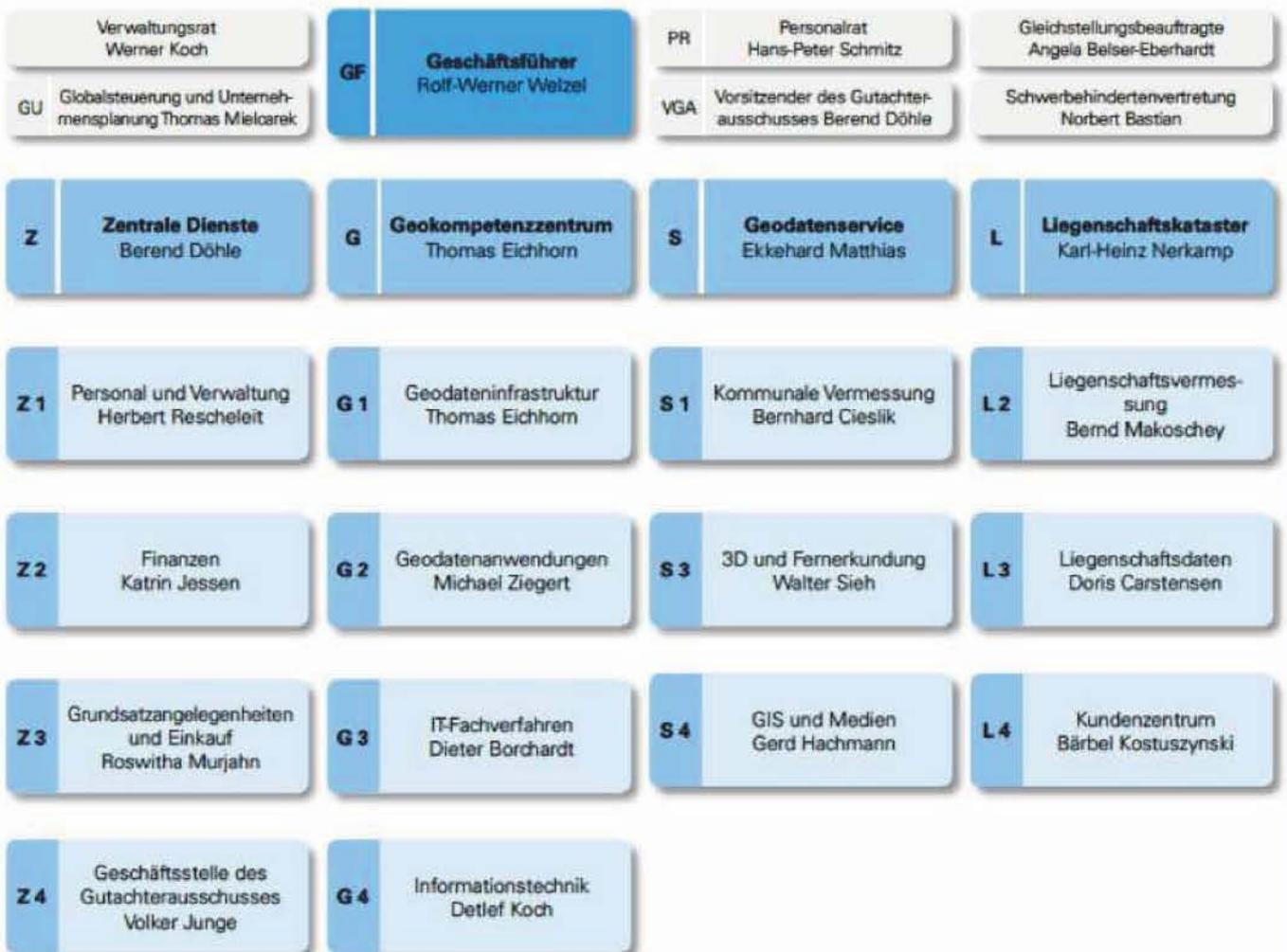
GESCHÄFTSFÜHRER

2011 und 2012: Dr. Winfried Hawerk
Vertreter: Rolf-Werner Welzel

ab 1. April 2013: Rolf-Werner Welzel
Vertreter: Karl-Heinz Nerkamp

ORGANIGRAMM

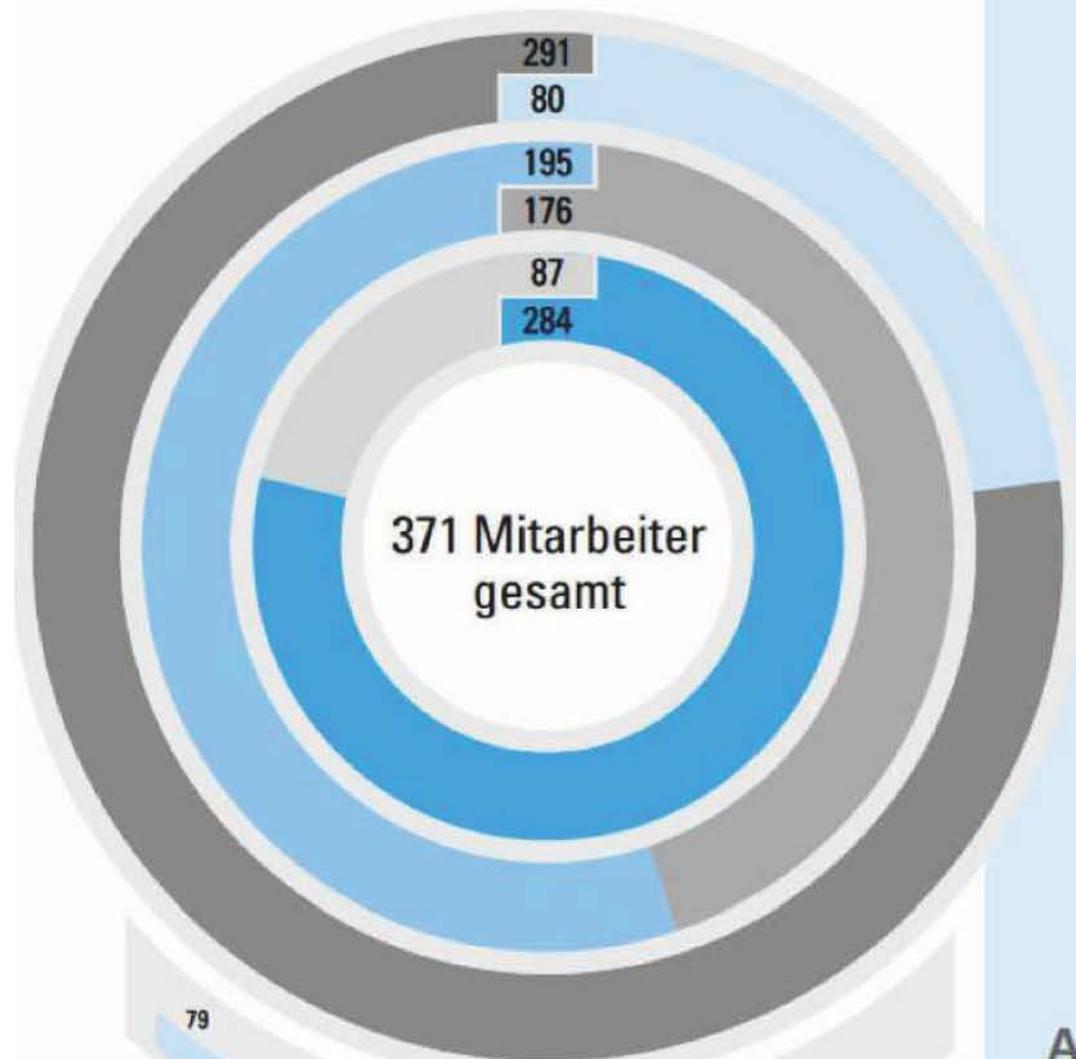
Stand: 14. 08. 2013



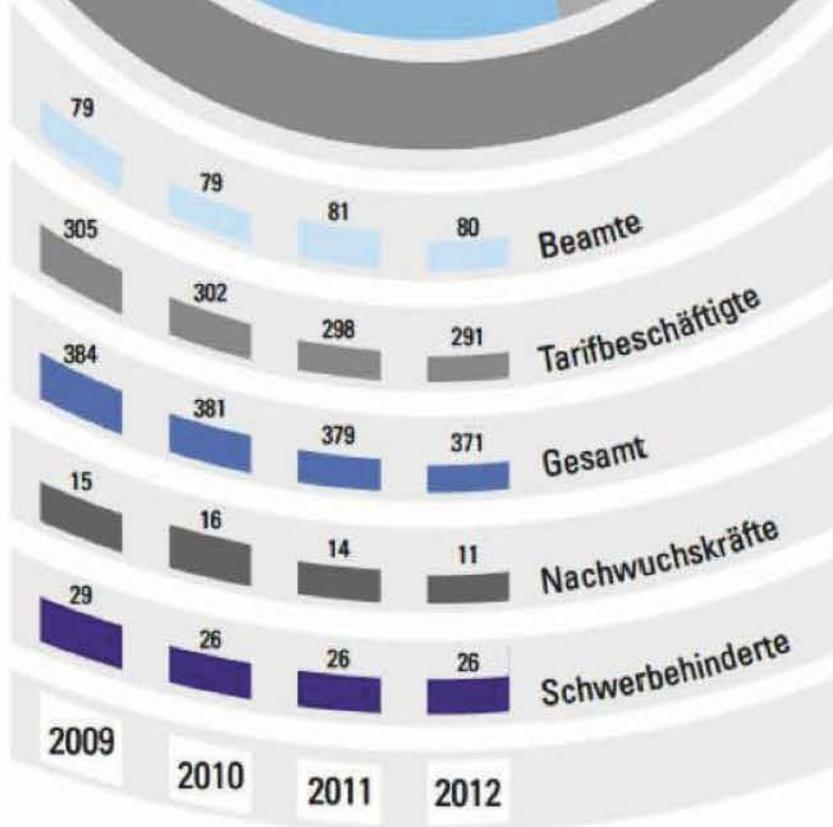
KENNZIFFERN

Werte aus 2012

- Tarifbeschäftigte
- Beamte
- Männer
- Frauen
- Teilzeit
- Vollzeit

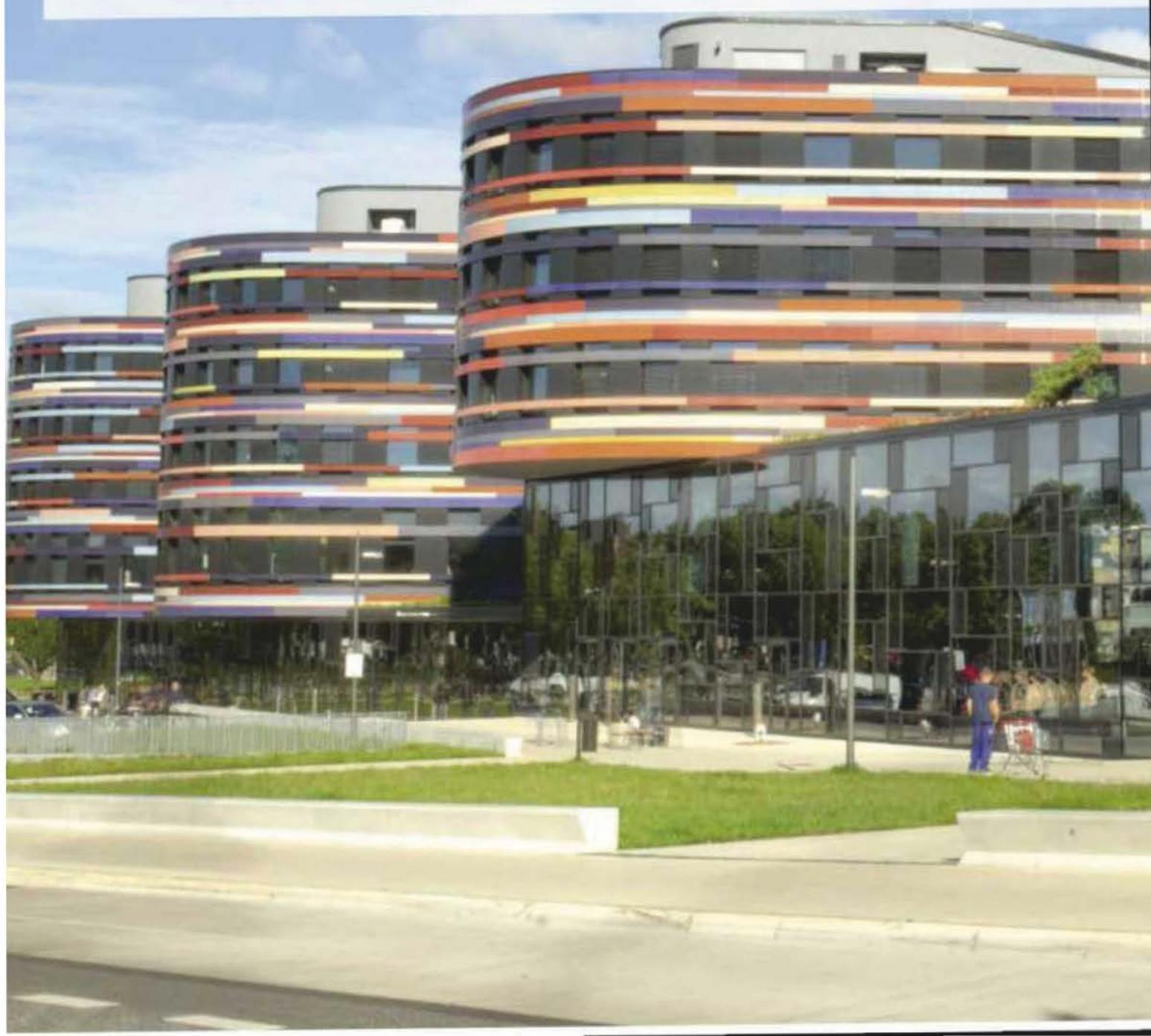


ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN



4.

IM RÜCKBLICK: 10 JAHRE LANDESBETRIEB



10 JAHRE LGV: EINE ERFOLGSGESCHICHTE

Das Aufgabengebiet „Geoinformation und Vermessung“ wurde zum 1. Januar 2003 als Landesbetrieb organisiert. Gründungsziele waren der wirtschaftlichere Umgang mit Geodaten und Dienstleistungen sowie die effizientere Aufgabenwahrnehmung durch Steuerung mit betriebswirtschaftlichen Instrumenten. So übernahm der LGV schon früh eine Vorreiterrolle bei der Haushaltsmodernisierung.

Nach nun „10 Jahren Landesbetrieb“ ist es Zeit für eine kritische Würdigung. Es gilt, die mit der Gründung des LGV eingeleitete betriebswirtschaftliche Ausrichtung und die daraus resultierenden Ergebnisse im Abgleich zu den bisherigen Zielvorgaben zu bewerten. Es sollen die Früchte des erfolgten technischen Umbruchs „geerntet“ und die fachlichen Ziele fortgeschrieben werden. Nicht zuletzt soll mit einem weiterentwickelten Unternehmenskonzept die Absicherung des wirtschaftlichen Erfolgs sichergestellt werden – ein Muss angesichts veränderter politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem wichtigsten „Kapital“ des Landesbetriebes: seinen Beschäftigten. Und natürlich auch der Entwicklung und dem Erhalt des LGV-eigenen Know-hows.

Kein Dienst nach Vorschrift: Innovation dank Globalsteuerung

Der Einsatz sog. Globalsteuerungsinstrumente – wie Zielbild, jährliche Zielvereinbarung, quartalsmäßige Erfolgskontrolle – erhöht die Anforderung an die Formulierung expliziter Ziele, Prioritäten und Budgets. Sie fördert

Resultat: Wir entlasten klapprige Haushaltskassen

Bei Gründung des LGV wurde – ergänzend zu den geofachlichen Zielen – als Finanzziel die Erwartung formuliert, einen Beitrag zur Haushaltsentlastung zu leisten. Dazu mussten die jährlichen Zuschussbedarfe minimiert werden. Dieses setzt entsprechende Jahresergebnisse voraus, die durch Kostenmanagement und Ausschöpfung von Erlöspotenzialen erreicht wurden.



Zuschussbedarfe
Erlöse
Zuschussbedarfe ohne Vermögensbeiträge

zudem eine größere Disziplin in der Planumsetzung. Dies hat der LGV Amtsorganisationen voraus.

Gleichzeitig eröffnen sich im Rahmen der Globalsteuerung für die Geschäftsleitung größere Spielräume bei der Wirtschaftsführung und beim Einsatz finanzieller Ressourcen. Beim LGV wurden diese Möglichkeiten offensiv genutzt: Hierarchiestufen wurden verringert, Geschäftsabläufe und Entscheidungsprozesse gestrafft, Beschaffungs- und Vergabeprozesse verkürzt. Dies war eine entscheidende Voraussetzung, um auf die Veränderungen des technisch geprägten Aufgabenfeldes mit Flexibilität und Innovationskraft zu reagieren.

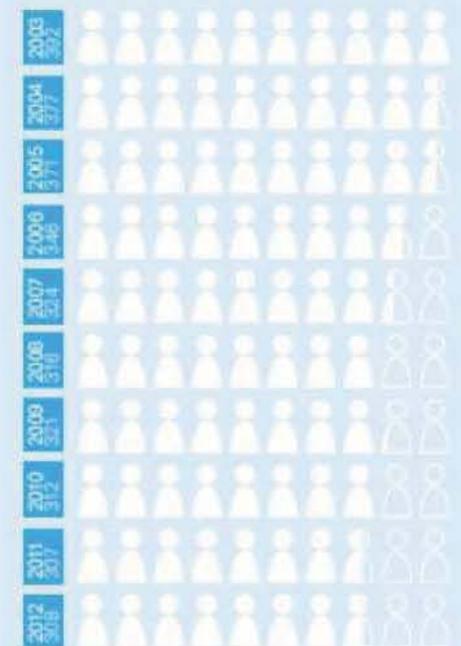
Alles transparent

Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten wurden durch die Organisationsform „Landesbetrieb“ transparenter. Das gilt besonders für die Außerdarstellung: sowohl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern als auch gegenüber unseren öffentlichen und privaten Kunden. Ansprechpartner für einen bestimmten Aufgabenbereich ist nicht mehr die komplexe Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt mit ihrem weiten Zuständigkeitsfeld, sondern der LGV. Bekanntheitsgrad, Transparenz und Erreichbarkeit unseres Leistungsangebotes wurden auch durch unseren Internetauftritt stetig verbessert. Mittlerweile ist der LGV mit einer hohen Kundenzufriedenheit erfolgreich etabliert und ein anerkannter und geschätzter Partner.

Von 2003 bis 2008 wurden die Reduzierungen durch konsequente Ausschöpfung des Rationalisierungspotenzials erreicht. 2009 erfolgte darüber hinaus eine Umstellung auf eine erlösfinanzierte Wirtschaftsführung des Landesbetriebes. So erhält der LGV nun Entgelte von der BSU für in Zielvereinbarungen festgeschriebene hoheitliche und ministerielle Aufgaben.



Entwicklung des Personalbestandes



Durch effizientere Arbeitsabläufe, verbesserte Organisationsstrukturen und technischen Fortschritt konnte der LGV seit seiner Gründung zudem seinen Personaleinsatz deutlich optimieren: Der Personalbestand wurde von 392 Vollkräften (VK) im Jahr 2003 auf 308 VK am 31. Dezember 2012 reduziert. Die Umsatzerlöse konnten stetig gesteigert werden mit dem Resultat positiver Jahresergebnisse.

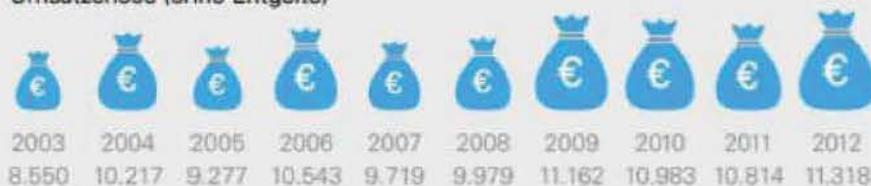
In seiner Arbeit berücksichtigt der LGV stets zukunftsorientiert die Rahmenbedingungen aus den technologischen Entwicklungen und die gesamthamburgischen Belange. Diese werden durch operationalisierte Vorgaben in den jährlichen Zielvereinbarungen konkretisiert. Die Effizienz der Aufgabenerfüllung und der wirtschaftliche Erfolg unterliegen einer ständigen Evaluation durch Geschäftsführung, Verwaltungsrat und Aufsicht führende Behörde.

Alles wirtschaftlich: Effizienz statt Ressourcenvergeudung

Die Gründungsdrucksache nennt die Zielsetzung, eine wirtschaftlichere Aufgabenwahrnehmung durch Steuerung mit betriebswirtschaftlichen Instrumenten zu erreichen. Ihre Realisierung ist natürlich nicht zwingend an eine bestimmte Organisationsform gebunden. Beim LGV wirkte der Übergangsprozess zu einer Landesbetriebsorganisation aber als „Katalysator“. Er beeinflusste beides entscheidend: die Akzeptanz betriebswirtschaftlicher Methoden und das ökonomisch orientierte Verhalten seiner Beschäftigten.

Die Ergebnisse zeigen, dass der LGV nicht nur wirtschaftlich gut aufgestellt ist. Mit seinem qualifizierten Personal ist er in der Lage, die gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen als Dienstleister für die Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erfolgreich zu bewältigen. Dabei kann er sich ggf. auch auf schwer abschätzbare Entwicklungen und Rahmenbedingungen einstellen.

Umsatzerlöse (ohne Entgelte)



Jahresergebnis in Tsd. EUR



Die Umsatzerlöse konnten stetig gesteigert werden mit dem Ergebnis positiver Jahresergebnisse.

5.

**IM BLICKPUNKT:
UNSERE DATEN
UND DIENSTLEISTUNGEN**



DATEN UND DIENSTLEISTUNGEN IM AUFTRAG DER KUNDEN

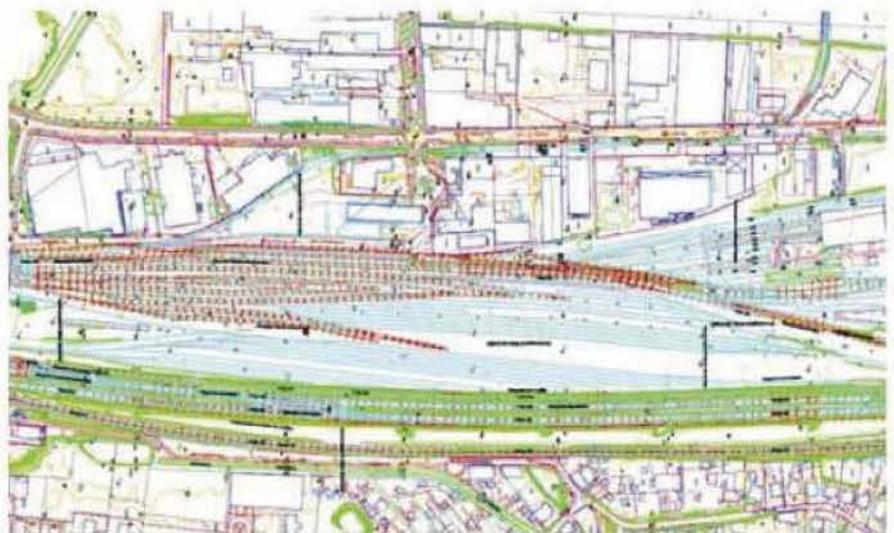
Kommunale Vermessung:

Präzision für Hamburgs Verkehrsinfrastruktur

Die Bereitstellung einer gesicherten Infrastruktur ist ein wesentlicher Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Hamburg. Große Projekte wie die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße und die Verbreiterung der BAB A7 inklusive der notwendigen Lärmschutzmaßnahmen beschäftigen nicht nur die planenden und bauausführenden Stellen. Denn um planen zu können, werden aktuelle Grundlagen benötigt: Wo genau liegt die heutige Trasse mit allen Einrichtungen wie Brücken, Leitungen, Schächten, Leitplanken usw.? Was muss verlegt werden und wohin? Was steht bisher und muss umgangen bzw. abgerissen werden? Was ist neu zu errichten? Wo ist Platz für die Einrichtungen, die während der Bauphase benötigt werden?

Ohne sie geht nichts: die Grundlagendatenerhebung

Zur Beantwortung dieser Fragen werden Daten und Pläne verschiedenster Gewerke benötigt. Diese werden aufgrund präziser Vermessungen erstellt. Teils werden die vorhandenen Geobasisdaten des LGV genutzt. Sie reichen jedoch hinsichtlich der Genauigkeit, der Vollständigkeit und im Detailreichtum nicht aus. Daher sind bei der Vorbereitung von Baumaßnahmen dieser Größenordnung umfangreiche Grundlagendaten zu vermessen und zu erheben – genau dies passierte und passiert derzeit für die beiden genannten Großprojekte.



Bestandsplan im Projektgebiet

Das hochpräzise geodätische Grundlagennetz für Lage und Höhe, das sowohl für die Planung als auch für die Bauausführung genutzt werden wird, ist fertiggestellt. Die Daten aller Beteiligten beziehen sich einheitlich auf diese Netze. Die Vermessungen zur Dokumentation des aktuellen Bestandes sind nun ebenfalls weitgehend abgeschlossen. Während in früheren Bauprojekten – z. B. bei der Flughafen-S-Bahn und beim Elbtunnel – nur klassische Verfahren der Vermessung mit elektronischem Tachymeter eingesetzt wurden, kommen heute auch moderne mobile Laserscanverfahren zur schnellen Aufnahme von Daten im Verkehrsraum zum Einsatz.

Parallel wurden bei den jetzigen Projekten auch die Daten der Leitungsbetreiber in den betroffenen Flächen gesammelt, geprüft und geometrisch zusammengestellt. Probleme mit dem Koordinatensystem der Deutschen Bahn waren zu lösen. Klar, dass der LGV solch umfangreiche Arbeiten nicht allein leisten kann. Daher wurden und werden viele Arbeiten im Wege der Vergabe an qualifizierte Ingenieurbüros erledigt.

Wie Daten wirtschaftlich werden: Datenhaltung beim LGV

Neben der Erstellung von Grundlagendaten für diese Aufgaben nimmt der LGV seit vielen Jahren gleichzeitig eine qualitätssichernde und koordinierende Aufgabe wahr. Dies beeinflusst eine zeitgerechte – und damit wirtschaftliche – Durchführung der Aufgaben wesentlich. Beispielsweise betreibt der LGV eine zentrale Datenhaltung für alle Pläne: So können sich alle Beteiligten innerhalb und außerhalb der Verwaltung stets auf dieselben, aktuellen Pläne und Unterlagen beziehen.

Künftig auch beim LGV: Bauherrenvermessung

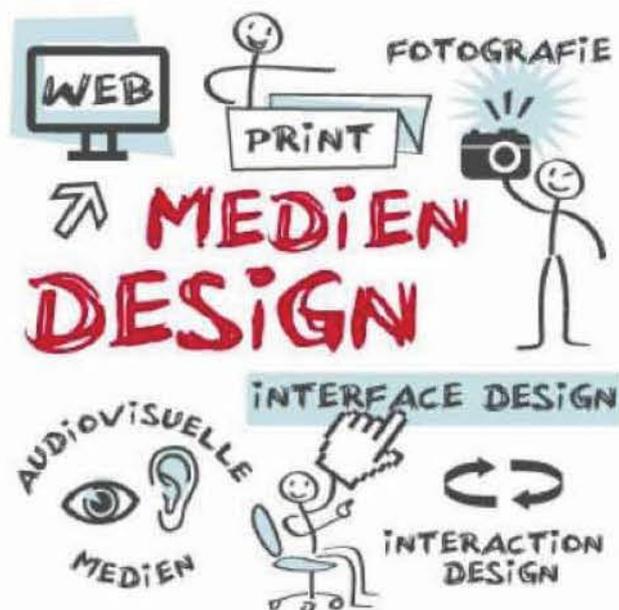
Der LGV wird künftig auch Aufgaben der Bauherrenvermessung übernehmen. Die Übergabe sämtlicher Vermessungsdaten an die bauausführenden Stellen ist genauso Bestandteil dieser Aufgabe wie die Überprüfung bauvorbereitender Maßnahmen, z. B. von Leitungsumverlegungen. Im LGV werden die Vermessungsdaten der Bauausführung wie der Bauüberwachung zusammenlaufen und in speziellen Datenbanken geführt. So wird der LGV die Phasen der Realisierung und des Baus bis zur Abnahme begleiten können.

Mediengestaltung: kreativ für Hamburgs guten Auftritt

Rasant, rasant: 10 Jahre technische Entwicklung beim LGV

10-3-128: Diese drei Zahlen geben die rasante Entwicklung der Mediengestaltung in den vergangenen zehn Jahren ausdrucksstark wieder. Vor 10 Jahren teilten sich 3 Programme 128 MB Arbeitsspeicher. Zum Vergleich: Mit der gleichen Rechenleistung erschienen 2007 die ersten Smartphones am Markt. Photoshop, QuarkXPress und Freehand waren damals der Branchenstandard. Diesen drei Programmen wurde manuell und individuell Speicher zugewiesen: Entweder so, dass sich zwei Programme parallel betreiben ließen. Oder so, dass eines den Speicher komplett ausnutzte – so hatte es mehr Rechenkapazität zur Verfügung. Von den drei damals hauptsächlich genutzten Programmen ist bis heute nur eines geblieben: Photoshop. Graphik- und Layoutsoftware haben sich ebenso wie die Arbeit selbst stark gewandelt.

Heute fast vergessen: Ebenso bescheiden wie der Arbeitsspeicher war vor 10 Jahren auch noch der Internetzugang. Drei bis vier Personen teilten sich einen Rechner mit Internetzugang. E-Mails konnten abwechselnd einmal täglich eingesehen werden – immer verbunden mit der An- und Abmeldung am Rechner und den damals üblichen Anschlussgeschwindigkeiten. Da heute 45 E-Mails täglich keine Ausnahme sind, ist diese Situation kaum noch vorstellbar. Sie wäre auch unvereinbar mit der heutigen Erwartungshaltung unserer Auftraggeber, die schnelle Reaktionszeiten verlangen.



Abschied von Altgeschätztem:

Aufbruch zu neuen technologischen Ufern

Eine der schmerzhaftesten Veränderungen in den vergangenen zehn Jahren war für den Fachbereich die Schließung der hauseigenen Druckerei. Produktionsnähe schaffte Produktionsverständnis – vieles konnte zwischen Kartographie, Graphik und Druck direkt ausprobiert werden. Doch die sich verändernde technologische Situation erforderte eine komplette Neuaufstellung und neue Denk- und Lösungsansätze. Heute arbeitet der LGV im Branchenstandard: Erstellte Druckdaten sind im Idealfall für alle standardisierten Druckereibetriebe gleich gut zu verarbeiten.

Die mit der Neuausrichtung der Mediengestaltung verfolgten Ziele sind inzwischen erfolgreich umgesetzt. Der Schritt von traditionellen, druckerei-lastigen Aufträgen hin zu Arbeiten im Bereich der graphischen Gestaltung, der Herstellung von speziell auf den Kundenwunsch abgestimmten Produkten und Arbeiten im Bereich der digitalen Medien ist vollzogen.

Sie wachsen stetig: die Online-Medien

Die Gestaltung von Print-Medien stabilisierte sich in den vergangenen Jahren. Zugleich wächst gegenwärtig der Zweig der Online-Medien. Verantwortlich dafür ist das aufgebaute Fachwissen unseres Teams. Hervorzuheben ist – zufriedenen Kunden sei Dank – die positive Auftragsentwicklung im Bereich der Gestaltung und Umsetzung von Auftritten im Core-Media-System der Stadt unter hamburg.de. In der Vergangenheit wurde dieser Angebotsbereich im behördlichen Umfeld nur schleppend angenommen. Seit 2012 lassen sich hier hohe Akzeptanz und eine sprunghaft angestiegene Auftragslage verzeichnen. Die Gründe hierfür liegen womöglich nicht ausschließlich im präsentierten Angebot, sondern auch im Selbstverständnis der Benutzung und dem Bedarf des Informationsmediums.

Unsere Mediengestaltung:

Garant für den einheitlichen Auftritt der Stadt

Das Portfolio der Mediengestaltung reicht gegenwärtig von der professionellen Gestaltung von Print- und Onlinemedien bis hin zur Konzeption, Produktion und Auslieferung von Ausstellungen. Medienübergreifend werden Kommunikationskonzepte erstellt und optische Wiedererkennungsmerkmale wie Logos oder Brandings für Veranstaltungen und Organisationseinheiten kreiert. Der Behördenkunde wird professionell beraten mit dem Ziel, eine bessere Informationsgestaltung und ein ansprechendes Kom-

Auftritte im Core-Media-System

Logos und Brandings

munikationsdesign der Hamburger Behörden für die Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen.

Das dazu notwendige handwerkliche Know-how ist somit an einer zentralen Stelle der Verwaltung konzentriert und muss nicht in allen Behörden gleichermaßen vorgehalten werden. Das Team kennt die Vorgaben des Hamburg-Manuals, welches auf alle Behördenkunden Anwendung findet. Es setzt dieses zuverlässig ein, ohne dass von Auftraggeberseite nachgesteuert zu werden braucht. Im Bedarfsfall sind im Team die Ansprechpartner für Ausnahmeregelungen sowie Quellen für Vorlagen bekannt.

Unsere Kompetenz:

eine Riesenentlastung für behördliche Auftraggeber

Unsere interne Kompetenz im Bereich von Layout, Druckvorstufe und Internetredaktionssystem wird ergänzt durch Fachwissen der Druckbranche. Das ermöglicht die Auswahl der Auftragnehmer, die qualitative Beurteilung und die optimale Steuerung von Auftragnehmern im Printbereich.

Bei der externen Vergabe ist die Verhandlung auf Augenhöhe möglich. Dies führt zu produktionstechnischen, preislichen und insbesondere zu wertvollen terminlichen Vorteilen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit behördlichen Kunden wiederum verhindert, dass aus einzelnen Fachämtern ohne Branchenkenntnis Projekte zum Layout, zum Druck oder zur Veröffentlichung im Internet extern vergeben werden müssen – ohne dass Umfang und Angebote durch den jeweiligen Sachbearbeiter überhaupt eingeschätzt und beurteilt werden können.



BEZUGSSYSTEM UND LIEGENSCHAFTS-KATASTER STELLEN SICH DEN ANFORDERUNGEN DES 21. JAHRHUNDERTS

Bezugssystem

Die Jahre 2003 bis Ende 2012 brachten umfassende Veränderungen in den Themenfeldern Bezugssystem und Liegenschaftskataster. Im Fokus stand dabei die Erweiterung und Umstellung des Vertriebes der SAPOS®-Daten. In der vorhergehenden Dekade war bereits die Realisierung und Pflege des Lagebezugssystems – mit 50.000 bis 60.000 Bezugspunkten – auf die Einrichtung und den Betrieb von vier permanent betriebenen Referenzstationen des SAPOS®-Netzes reduziert worden.

In Hamburg erfolgte die Versendung der SAPOS®-Korrekturdaten über Funk vom Fernsehturm und Funkturm Moorfleet aus. Neben der Aussendung der Daten über Mobilfunk (GSM) ab 2003 kam ab 2005 zusätzlich die Versendung über das Internet hinzu. Die Bereitstellung über das Internet erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Land Schleswig-Holstein unter der Bezeichnung SAPOS®.GeoNord. Heute wählen die Nutzerinnen und Nutzer in Hamburg zu 80 % den Weg über das Internet. Im Jahre 2009 wurde die Versendung über Funk eingestellt.

Umrechnung unnötig: neue Standards in der Liegenschaftsvermessung

Alle Geobasisdaten und Geofachdaten liegen aktuell im Bezugssystem „Europäisches Terrestrisches Referenzsystem 1989“ (ETRS89) in der UTM-Abbildung vor. Diese guten Voraussetzungen machten in der Liegenschaftsvermessung satellitengestützte Vermessungsverfahren zum Standard. Jetzt können sämtliche Aufgaben der Liegenschaftsvermessungen in einem Koordinatensystem – ohne jegliche Transformation oder Umrechnung – wahrgenommen werden.

Bei Grenzvermessungen erfolgen bereits seit längerer Zeit ca. 40 % der Stationierungen ausschließlich mit Hilfe der SAPOS®-Korrekturdaten. In weiteren 30 % der Fälle kommt es zu einer Kombination aus SAPOS®-Daten und der Verwendung von traditionellen, vermarkten Anschlusspunkten. Bei der Gebäudevermessung ist der SAPOS®-Anteil noch deutlich höher. Hier werden 70 – 75 % der Stationierungen ausschließlich mit SAPOS®-Daten durchgeführt. In weiteren 10 – 15 % kommt wiederum das oben angeführte kombinierte Verfahren zum Tragen.

SAPOS®
Satellitenpositionierungsdienst
der deutschen Landesvermessung

SAPOS®.GeoNord

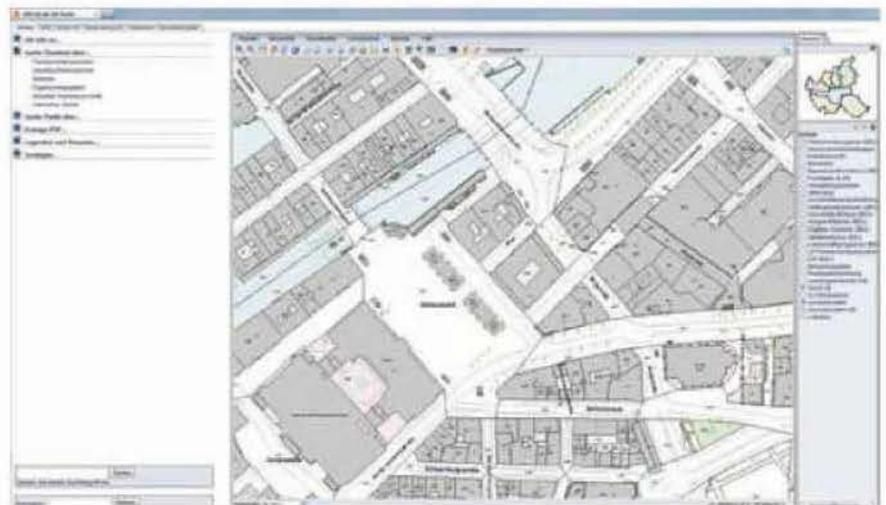
ETRS89
Europäisches Terrestrisches Referenzsystem 1989

ALKIS®
Amtliches Liegenschaftskataster-
informationssystem

Liegenschaftskataster

Endlich einheitlich: dank ALKIS® und AFIS®

Eine grundlegende Innovation ist die Einführung des „Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems“ (ALKIS®) auf Basis einheitlicher Standards und Normen. Von Oktober 2009 bis März 2010 wurden die vorhandenen drei Datenbanken – teilweise noch nach Bezirken getrennt geführt – ins ALKIS® migriert. Damit wurden die getrennte und fehleranfällige Fortführung des „Hamburgischen Automatisierten Liegenschaftsbuches“ (HALB), der „Digitalen Stadtgrundkarte“ (DSGK) und des vermessungstechnischen Zahlenwerks in der Form der Punktdaten überflüssig. Das automatisiert geführte Liegenschaftskataster liegt damit jetzt in seiner zweiten Generation vor.



Liegenschaftskataster – auf einen Blick

Eine weitere Errungenschaft ist die Einrichtung der Fachdatenverbindung zum Datenbankmanagementsystem des Grenznachweises: Sie ermöglicht die Recherche nun ohne Anwendungswechsel vom selben Arbeitsplatz aus. Eine dritte wichtige Innovation wurde zum Jahreswechsel 2012 zu 2013 mit der Einführung der ersten Stufe des „Amtlichen Festpunktinformationssystems“ (AFIS®) umgesetzt. Die Daten des AFIS® und des ALKIS® werden nun im gleichen Datenmodell vorgehalten.

AFIS®
Amtliches Festpunktinformationssystem

Komplett neu aufgestellt: unsere Produkte, unser Workflow

Unter Würdigung dieser neuen Rahmenbedingungen wurden die gesamte Produktlinie im Liegenschaftskataster, der gesamte Workflow zu deren Erstellung, die Möglichkeiten des Online-Zugriffes und des Vertriebes untersucht und neu „aufgestellt“. Auch die „Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure“ (ÖbVI) haben jetzt einen Online-Zugriff auf die Daten des Liegenschaftskatasters. Nun können sie – sofort und eigenständig – über eine gesicherte Verbindung via Internet Dienstleistungen für ihre Kundinnen und Kunden vorbereiten und erbringen.

Für harmonisierende Daten: auch über Hamburg hinaus

Zusammenfassend ist dieser gesamte und gemeinsame Prozess aller Bundesländer die Innovation der Vermessungs- und Katasterverwaltungen der letzten Jahrzehnte. Er macht das Berufsfeld „fit“ für die kommenden Herausforderungen. Die gemeinsame Datenbereitstellung über die Landesgrenzen hinaus bedarf einer Harmonisierung der Daten. So wurde von 2010 bis 2013 die Darstellung der Landesgrenze im Liegenschaftskataster zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg in Übereinstimmung gebracht – mehr als 7000 Grenzpunkte wurden abgestimmt. Die Abstimmung mit dem Land Niedersachsen wird zurzeit projektiert.

Baulasten

Der LGV ist zuständig für die Führung des Baulastenverzeichnisses und ist Auskunftgebende Stelle (§ 78 Abs. 4 HBauO). Die Auskunft aus den Baulastdokumenten erfolgte ehemals durch Kopieren und farbiges Anlegen.

Digitalisiert: das Baulastenverzeichnis

Für die Digitalisierung des Baulastenverzeichnisses wurde eine Datenhaltung mit der Verknüpfung zum ALKIS®-Datenschema – Nutzungsweg 3A Web im GeoPortal – unter Berücksichtigung des Sollzustands der GDI-LGV konzeptioniert. Vorab mussten die analogen Unterlagen auf die maßgebenden Dokumente reduziert und hamburgweit eindeutige Kennzeichen indiziert werden, dies unter Beibehaltung der Nummerierung bestehender Baulasten.

Bis 2010 wurden 27.300 Baulasten digitalisiert, erstmals direkt im Format PDF/A. Schon während des Scannens ergaben sich Rationalisierungseffekte: Sukzessive konnte der Aufwand für die Auskunftsarbeiten gesenkt werden. Seit 2011 bestehen alle Rahmenbedingungen, um die PDF der

ÖbVI

Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure

Digitales Baulastenverzeichnis

DHHN (I. Ordnung)
Deutsches Haupthöhennetz

HHN (II. Ordnung)
Hamburgisches Haupthöhennetz

LHN (III. Ordnung)
Landeshöhennetz

AHN (IV. Ordnung)
Aufnahmenöhennetz

Baulasten per E-Mail an Kunden abzugeben. Vor dem Hintergrund rasant ansteigender Auskunftersuchen war die Digitalisierung des Baulastenverzeichnisses ein wesentlicher Baustein zur kundenorientierten Auftragserledigung.

Höhennetze

Im Jahr 2005 beschloss die „Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland“ (AdV) die bundesweite und einheitliche Erneuerung des „Deutschen Haupthöhennetzes 1992“ (DHHN92).

Präzisionsvermessen: die erneuerten Höhennetze

2005 – 2007 wurden die Nivellementlinien des zukünftigen DHHN (I. Ordnung) auf hamburgischem Staatsgebiet mittels Präzisionsnivellement durchgeführt. Die insgesamt 125 km langen Nivellementlinien wurden doppelt gemessen und hierbei wurden die SAPOS®-Referenzstationen nivellitisch ebenfalls an das zukünftige DHHN angeschlossen.

In den Folgejahren 2008 – 2009 wurden die Verdichtungsstufen des „Hamburgischen Haupthöhennetzes“ (HHN – II. Ordnung) und des „Landeshöhennetzes“ (LHN – III. Ordnung) mittels Präzisionsnivellement neu beobachtet. Die Länge der Linien beträgt über 1.200 km. Das „Aufnahmegöhennetz“ (AHN – IV. Ordnung) wurde in den Jahren 2010 – 2012 als letzte Verdichtungsstufe übermessen.

Am 1. Januar 2013 wurden in Hamburg – zeitgleich mit der Einführung von AFIS® – die aktuellen Höhenwerte für über 2.600 Höhenfestpunkte den fachlichen Nutzern zum Erwerb zur Verfügung gestellt.

Karten- und Luftbildvertrieb

Seit Einrichtung des LGV ist auch der Karten- und Luftbildvertrieb einem erheblichen Wandel unterworfen: 2003 waren noch 3.000 unterschiedliche Kartenprodukte zu lagern. Dazu mussten das umfangreiche historische Luftbildarchiv betreut bzw. Auskünfte daraus gegeben werden. Letzteres wurde 2004 an das Staatsarchiv abgegeben.

Konzentration aufs Wesentliche: unsere Portfoliobereinigung

2005 erfolgte eine umfangreiche Portfoliobereinigung mit dem Ziel, sich auf Gewinn bringende LGV-Produkte zu konzentrieren, gleichzeitig deren Lagerbestand zu reduzieren und Produkte anderer Behörden in die dortige Zuständigkeit zurückzugeben. Parallel wurde die Umstellung der Druckkartenwerke im Maßstab 1: 5000 auf das Verfahren Plot-on-Demand betrieben – der Betrieb konnte Mitte 2006 für die „Karte von Hamburg 1: 5000“, die „Luftbildkarte“ und die „Bodenrichtwertkarte“ starten.

Weitere Karten folgten, vor allem solche mit geringen Auflagehöhen. Die Auflagehöhe der verschiedenen Ausgaben der „Stadtkarte von Hamburg 1: 20 000“ konnte gesenkt werden – die Kostenpflicht für alle Behörden und deren zunehmende Nutzung von GeoInfo.online (jetzt FHH-Atlas) sowie die Bereitstellung der Basiskarten in OpenData-Portalen lassen die Nachfrage nach gedruckten Karten sinken. Zurzeit laufen verschiedene Wander- und Freizeitkarten aus, ein Nachdruck ist nicht geplant. Aktuell sind noch ca. 200 Produkte als Lagerware im Vertrieb.

Dieser Entwicklung wurde durch Personalabbau von acht auf drei Personen, der Auflösung des Teams und dessen Integration in das Team „Grundstücksinformation und Vertrieb“ Rechnung getragen.

DER GUTACHTERAUSSCHUSS UND SEINE GESCHÄFTSSTELLE: WERTERMITTLER FÜR HAMBURGS GRUND UND BODEN

Erbschaftssteuerreform 2009

Grundstücksmarkt und Wertermittlung

Bescherte uns die Zonierung: die Erbschaftssteuerreform 2009

Die zum 1. Juli 2009 in Kraft getretene Erbschaftssteuerreform brachte für den Gutachterausschuss und seine Geschäftsstelle erhebliche Änderungen mit sich. Die bisher in Hamburg gebräuchlichen lagetypischen Bodenrichtwerte sind nicht mehr zulässig. Vielmehr muss seither jedem Bodenrichtwert eine klar abgegrenzte Zone zugeordnet sein.

Zonale Bodenrichtwerte

Hamburg zonieren: eine große Aufgabe

Die Zonen sollen so gebildet sein, dass die in ihnen gelegenen Grundstücke nach Art und Maß der baulichen Nutzung weitgehend übereinstimmen. Bodenrichtwerte sind dann durchschnittliche Preise für einen Quadratmeter Boden in der jeweiligen Zone für eine bestimmte Nutzung bzw. – bei unbebauten Flächen – Nutzungsmöglichkeit. Da die Neuregelungen schon weit vor ihrem Inkrafttreten absehbar waren, wurde frühzeitig mit der Erarbeitung eines Konzepts für die Bildung der Zonen und anschließend mit dessen Umsetzung begonnen.

Auf ganz Hamburg verteilt wurden ca. 35.000 Zonen eingerichtet. Eine Zone entspricht in der Regel einer Baublockseite: Sie umfasst also die an einem Straßenabschnitt zwischen zwei abgehenden Straßen anliegenden Grundstücke. Bei der Bildung der Zonen kam die in verschiedenen Bereichen des LGV bereits gebräuchliche Software ArcGIS der Firma ESRI zum Einsatz. Für die Beschäftigten der Geschäftsstelle war dies allerdings technologisches Neuland.

verschiedene Nutzungen –
verschiedene Richtwerte

Jeder Zone ihre(n) Wert(e):

die komplexe Zuordnung der Bodenrichtwerte

In einem zweiten Schritt wurden jeder Zone ein Wert bzw. mehrere Werte zugeordnet. Mehrere Werte kamen immer dann in Betracht, wenn in einer Zone mehrere Nutzungen vorkamen bzw. zulässig wären, was im bebauten Bereich in der Regel der Fall ist. Ausgehend von den Vorgaben der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Februar 2011 veröffentlichten „Richtlinie zur Ermittlung von Bodenrichtwerten“ werden für Hamburg Bodenrichtwerte für folgende Nutzungen für Baulandflächen vorgehalten:

- » Ein- und Zweifamilienhäuser
- » Mehrfamilienhäuser
- » Geschäftshäuser (nur der erdgeschossige Ladenanteil)
- » Läden (eingeschossig)
- » Bürohäuser
- » Produktion und Logistik

Hinzu kommen die landwirtschaftlichen Nutzungen:

- » Acker
- » Grünland
- » Erwerbsgartenbaufläche
- » Forstwirtschaftliche Fläche

Somit wären jeder Zone maximal zehn Bodenrichtwerte zuzuordnen. Da aber nicht jede Nutzung für jede Zone relevant ist, liegen tatsächlich jetzt ca. 255.000 Bodenrichtwerte vor: also etwa sieben je Zone. Dieses komplexe Modell wurde zunächst von der Geschäftsstelle im Entwurf aufgestellt. Anschließend wurde es vom Herbst 2011 bis zum Frühjahr 2012 in mehreren Sitzungen dem Gutachterausschuss vorgestellt. Es wurde dabei ausgiebig diskutiert, angepasst und letztendlich verabschiedet.

Bereits realisiert: drei Jahrgänge zonale Bodenrichtwerte

Der Gutachterausschuss hatte lagertypische Richtwerte zuletzt für den Stichtag 1. Januar 2008 beschlossen. Im Rahmen der bereits erwähnten Rechtsänderung zum 1. Juli 2009 wurde auch bestimmt, dass Bodenrichtwerte künftig alle zwei Jahre – jeweils zum Jahresende – zu ermitteln sind. Auf Hamburg bezogen hieß das, dass für den Stichtag 31. Dezember 2010 erstmals zonale Bodenrichtwerte festzusetzen waren.

Wegen der oben geschilderten, sehr aufwändigen Zonenbildung konnte dies erst im August 2012 zum Abschluss gebracht werden. Aufgrund der stürmischen Entwicklung auf dem Grundstücksmarkt und dem damit verbundenen Bedarf an möglichst aktuellen Bodenrichtwerten ist der Gutachterausschuss jetzt dazu übergegangen, jährlich Bodenrichtwerte festzusetzen. So wurden die Werte für den Stichtag 31. Dezember 2011 zum Jahresende 2012 und die Werte für den Stichtag 31. Dezember 2012 im Juni 2013 verabschiedet.



Einfamilienhaus



Mehrfamilienhaus



Gewerbeobjekt



Screenshot Boris.HH

Bodenrichtwerte jetzt kostenfrei

Boris.HH
Bodenrichtwert-Informationssystem
Hansestadt Hamburg

Damit lagen erstmals bereits knapp sechs Monaten nach dem Stichtag Richtwerte vor. Diese Beschleunigung ist in erster Linie dem großen Arbeitseinsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle und dem Engagement der ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses geschuldet. Hilfreich war, dass erstmals die multiple Regressionsanalyse bei der Ableitung der Richtwerte eingesetzt wurde. Mit diesem in der Wertermittlung bei der Ableitung der „sonstigen für die Wertermittlung“ schon länger gebräuchlichen Verfahren konnte die Analyse der Kaufpreise stärker automatisiert und damit beschleunigt werden.

Für jeden jederzeit verfügbar: Bodenrichtwerte online ...

Neben den klassischen Vertriebswegen, der telefonischen und schriftlichen Bodenrichtwertauskunft, hat sich seit Jahren auch die interaktive Bodenrichtwertkarte im GeoPortal des LGV im Internet als weiterer wichtiger Vertriebsweg etabliert. Dort können Stamm- und Gelegenheitskunden bequem und ohne Berücksichtigung von Öffnungs- oder Sprechzeiten Bodenrichtwerte online abrufen.

Die bestehende Anwendung war allerdings auf die Präsentation von lagetypischen Bodenrichtwerten ausgerichtet. Sie musste daher an die neuen zonalen Bodenrichtwerte vorläufig angepasst werden. Die Möglichkeit, auch lagetypische Bodenrichtwerte präsentieren zu können, musste dabei unbedingt erhalten bleiben – das Portal sollte ja auch weiterhin Auskünfte über Bodenrichtwerte der Stichtage 2008 und früher geben können.

Da zum Zeitpunkt der Umprogrammierung bereits klar war, dass infolge des Hamburger Transparenzgesetzes Bodenrichtwerte ab Oktober 2014 kostenfrei abgegeben werden müssen, wurde sogleich auch die Bezahlkomponente deaktiviert. Da die Bezahlkomponente nicht mehr erforderlich ist, besteht nun auch keine Notwendigkeit mehr, die interaktive Bodenrichtwertkarte im Hamburg Gateway zu betreiben. Dies gab den Ausschlag dafür, eine völlig neue interaktive Bodenrichtwertkarte zu entwickeln. Sie soll noch vor Ablauf des Jahres 2013 unter dem Namen Boris.HH in Betrieb gehen. Für die Anwenderinnen und Anwender bedeutet dies einen deutlichen Komfortgewinn.

Vorschriftenwelt in Bewegung:

weitere Veränderungen in der Wertermittlung

In den vergangenen Jahren ist die Vorschriftenwelt der Wertermittlung in

Bewegung geraten. Rechts- und Verwaltungsvorschriften wurden geänderten technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst. Das zum 1. Juli 2009 in Kraft getretene Erbschaftssteuerreformgesetz brachte einige für die Wertermittlung wichtige Veränderungen im BauGB. Neben den erwähnten Auswirkungen auf die Bodenrichtwertermittlung wurde jetzt ein beispielhafter Katalog der von den Gutachterausschüssen zu ermittelnden, für die Wertermittlung erforderlichen Daten aufgenommen.

Ebenfalls 2009 kam es zu einem Neuerlass der hamburgischen „Verordnung über den Gutachterausschuss für Grundstückswerte“. Die Anforderungen an die Qualifikation des vorsitzenden Mitglieds wurden so erweitert, dass nun Angehörige weiterer Berufsgruppen für diese Aufgabe in Frage kommen. Die Zugangsregelungen zu den Daten der Kaufpreissammlung wurden bei Wahrung der Belange des Datenschutzes den praktischen Anforderungen angepasst. Viele weitere Regelungen wurden so geändert, dass sie dem Einsatz moderner Techniken nicht im Wege stehen.

Neuer Name, neuer Inhalt:

die Immobilienwertermittlungsverordnung

Die bisherige „Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken (Wertermittlungsverordnung – WertV)“ aus dem Jahr 1988 war in die Jahre gekommen. Die Bedingungen auf dem Grundstücksmarkt haben sich seither tiefgreifend geändert, die Wertermittlungspraxis hat sich erheblich weiterentwickelt. Ferner waren die jüngeren Änderungen des BauGB zu berücksichtigen. So war es nur konsequent, dass der Bund eine neue „Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken (Immobilienwertermittlungsverordnung – ImmoWertV)“ entwickelt und zum 1. Juli 2010 in Kraft gesetzt hat. Auch wenn im Namen der Verordnung nur die Kurzbezeichnung geändert wurde, brachte sie inhaltlich doch eine Vielzahl von Neuerungen mit sich, die in die Praxis umzusetzen waren. Die neue Verordnung enthält erstmals Regelungen zu Bodenrichtwerten und lässt eine Berechnung der Alterswertminderung nach Ross bei der Anwendung des Sachwertverfahrens nicht mehr zu.

Aufsetzend auf die bisherige WertV entwickelte das zuständige Bundesministerium 2006 zuletzt die „Richtlinien für die Ermittlung der Verkehrswerte (Marktwerte) von Grundstücken (Wertermittlungsrichtlinien – WertR 2006)“. Aufgrund der neuen Regelungen der ImmoWertV waren viele

ImmoWertV
Immobilienwertermittlungsverordnung



Immobilienmarktbericht Hamburg 2012
Gutachterausschuss für Grundstückswerte

Hamburg

Deckblatt des Immobilienmarktberichts
Hamburg 2012

Regelungen der WertR 2006 überholt. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVST) entschloss sich dazu, statt eines Nachfolgers gesonderte Regelungen für Teilbereiche herauszugeben. Erschienen sind bereits Richtlinien zu den Themen Bodenrichtwerte und Sachwertverfahren, bereits in Arbeit sind weitere Richtlinien zu den Themenbereichen Ertragswert- und Vergleichswertverfahren.

Die Vorgaben der Bodenrichtwertrichtlinie wurden bei der Ableitung der neuen zonalen Richtwerte für Hamburg berücksichtigt. Im Nachgang zum Erscheinen der Sachwertrichtlinie ist der Gutachterausschuss nun in der Pflicht, für Hamburg maßgebliche Sachwertfaktoren zu ermitteln und bereitzustellen.

Immer den Überblick haben: Immobilienmarktbericht Hamburg

Eine Kernaufgabe des Gutachterausschusses ist die Herausgabe wesentlicher Preis- und Umsatzdaten des Hamburger Grundstücksmarkts in Form der jährlich erscheinenden Immobilienmarktberichte. In einem gesonderten Kapitel enthalten die Berichte zudem die „für die Wertermittlung erforderlichen Daten“: Daten wie z. B. Liegenschaftszinssätze, Gebäude- und Ertragsfaktoren, die sich in erster Linie an Experten der Wertermittlung richten.

Die Informationen werden jeweils nach dem Jahreswechsel aus den Daten der Kaufpreissammlung aus dem abgelaufenen Jahr ermittelt. Die Immobilienmarktberichte des aktuellen und des Vorjahres werden über das Kundenzentrum des LGV kostenpflichtig vertrieben. Die Berichte älterer Jahrgänge stehen im Internet unter www.gutachterausschuss.hamburg.de kostenfrei zum Herunterladen bereit.

Trends schnell erkennen:

„Der Immobilienmarkt in Hamburg 2000 – 2010“

Nachdem der Gutachterausschuss bereits einen Bericht über den Hamburger Grundstücksmarkt in den Jahren 1991 bis 2001 herausgebracht hatte, erschien im Jahr 2012 ein weiterer zusammenfassender Bericht über den Zeitraum von 2000 bis 2010. Er bietet einen schnelleren und breiteren Überblick über die Entwicklungen in einem längeren Zeitraum, als es das Studium der jährlich erscheinenden Einzelberichte ermöglicht. Die für die Zusammenstellung dieses Berichts zu leistenden Arbeiten mussten parallel zu den Arbeiten für die Herausgabe des „Immobilienmarktberichts

Hamburg 2012“ laufen – was die Geschäftsstelle vor eine große Herausforderung stellte. Der „Immobilienmarktbericht Hamburg 2012“ konnte gleichwohl – wie geplant – noch im Sommer 2012 herausgegeben werden.

Für jenseits der Stadtgrenzen:

Immobilienmarktbericht Deutschland 2011

Eine weitere Aktivität der Geschäftsstelle bestand darin, die Daten für den „Immobilienmarktbericht Deutschland 2011“ zusammenzustellen und an die zentrale Redaktionsstelle bei der Geschäftsstelle des oberen Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Niedersachsen nach Oldenburg zu liefern. In diesem Bericht sind Daten aus fast allen Ländern der Bundesrepublik aus den Jahren 2009 bis 2010, teilweise auch aus 2007 und 2008 zusammengefasst. Ein erster Bericht dieser Art, „Immobilienmarktbericht Deutschland 2009“, deckte die Jahre 2007 bis 2008 ab. Der Vertrieb erfolgt über die bereits erwähnte Geschäftsstelle des oberen Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Niedersachsen in Oldenburg, der Bericht kann im Internet unter www.immobiliemarktbericht-deutschland.info bestellt werden. Die Herausgabe des nächsten Berichts, des „Immobilienmarktbericht Deutschland 2013“, ist für Ende 2013 / Anfang 2014 vorgesehen.

Eine Dekade des Wandels:

Der Gutachterausschuss auf dem Weg in die Moderne

Ein neues Zuhause beim LGV

Noch bis zum Sommer 2002 war die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses beim Baurechtsamt der damaligen „Behörde für Bau und Verkehr“ (BBV) angesiedelt. Zum 1. Juli 2002 erfolgte die Verlagerung zum damaligen „Amt für Geoinformation und Vermessung“ der BBV in die dortige Abteilung GV 4. Seit Gründung des Landesbetriebs ist die Geschäftsstelle integraler Bestandteil. Sie ist jetzt im Geschäftsbereich „Zentrale Dienste“ angesiedelt und gliedert sich in drei Teams.

Auch beim Gutachterausschuss: neue Techniken kommen

Die Tätigkeiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle sind ohne den Einsatz moderner Datenverarbeitungstechniken nicht mehr denkbar. Die Basis jeglicher Wertermittlung, die Kaufpreissammlung, wird schon seit den frühen 1990er Jahren automatisiert geführt. Die entsprechende Software wurde stets aktualisiert und weiterentwickelt. 2010 brachte dann die Einführung einer neuen Generation der „Automatisierten

AKS
Automatisierte Kaufpreissammlung

Kaufpreissammlung“ (AKS) erhebliche Vorteile mit sich. Seither ist sie über eine Windowsoberfläche bedienbar und Kauffälle können übersichtlich in einer Karte graphisch präsentiert werden.

Eine interaktive Bodenrichtwertkarte im Internet ist heute ebenfalls Standard. Auf die hamburgischen Aktivitäten in dieser Hinsicht wurde bereits eingegangen. Da das Bessere bekanntlich oft des Guten Feind ist, bestand an einer erstmals 1997 herausgegebenen interaktiven Bodenrichtwertkarte auf CD zunehmend kein Bedarf mehr. Dieses Produkt wurde folgerichtig eingestellt.

Neu bestellt: unsere ehrenamtlichen Mitglieder

Der Hamburger Gutachterausschuss besteht aus 42 ehrenamtlichen Mitgliedern, einem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden vorsitzenden Mitgliedern und drei Vertreterinnen bzw. Vertretern des Finanzamtes. Alle werden vom Senat befristet bestellt. Die Amtsperiode der 2007 für vier Jahre bestellten ehrenamtlichen Mitglieder und der Vertreterinnen bzw. Vertreter des Finanzamtes endete im August 2011.

Da das Verfahren der Neubestellung recht aufwändig und langwierig ist, wurde bereits im Sommer 2010 mit den Vorbereitungen begonnen. Zunächst wurden die amtierenden ehrenamtlichen Mitglieder befragt, ob sie Interesse an einer weiteren Mitwirkung hätten. Sodann wurden Vereine und Verbände der Immobilienbranche gebeten, weitere geeignete Personen zu benennen. Aus allen Vorschlägen entwickelten dann die Bezirke und die Deputation der Behörde für Stadtentwicklung und Bodenordnung die dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegende Vorschlagsliste.

Der Senatsbeschluss konnte, nachdem auch das Finanzamt seine Personalvorschläge unterbreitet hatte, rechtzeitig herbeigeführt werden: Die Kontinuität der Aufgabenwahrnehmung war so gewährleistet. Mit der Neubesetzung konnte ein Generationenwechsel bewirkt und der Anteil der Frauen gesteigert werden. 2009 war bereits eine Neubestellung des vorsitzenden Mitglieds und der stellvertretenden vorsitzenden Mitglieder erforderlich geworden.

Nicht nur ein Hamburger Jubiläum: 50 Jahre Gutachterausschuss

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Hamburg feierte im Frühjahr 2011 – wie auch die meisten anderen Gutachterausschüsse in



Sitzung des Ausschusses

den westlichen Bundesländern – sein 50-jähriges Bestehen. Die Gründung dieser Institutionen geht auf das Inkrafttreten des damaligen Bundesbaugesetzes im Oktober 1960 zurück.

Der Gesetzgeber hatte mit dem Inkrafttreten die staatliche Reglementierung der Grundstückspreise aufgehoben und damit die freien Marktkräfte auch auf diesem Feld zugelassen. Mit der Einrichtung der Gutachterausschüsse schuf er zugleich eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des Grundstücksmarktes, die Markttransparenz. Gerade unkundigen und gelegentlichen Marktteilnehmern bieten die Dienstleistungen und Produkte der Gutachterausschüsse Orientierung und Hilfe bei Immobilienangelegenheiten. Gleichzeitig hat der Gesetzgeber mit der Einrichtung der Gutachterausschüsse den Besonderheiten des Wirtschaftsgutes „Grund und Boden“ Rechnung getragen.

Bis zur konstituierenden Sitzung des ersten Ausschusses dauerte es seinerzeit noch ca. ein halbes Jahr, so dass das Jubiläum erst 2011 anstand. Begangen wurde es mit einer Jubiläumssitzung am 3. März 2011 im Ruder-Club Favorite Hammonia an der Außenalster. Alle Mitglieder und viele geladene Gäste nahmen teil und lauschten den im Rahmen der Feierlichkeit gehaltenen Fachvorträgen.

Ausblick: Es gibt weiterhin viel zu tun!

Die nähere Zukunft wird für den Gutachterausschuss und seine Geschäftsstelle neue Herausforderungen bereithalten, denen es sich zu stellen gilt.

Von Boris.HH ...

Das naheliegende Ziel ist die Inbetriebnahme der erwähnten neuen interaktiven Bodenrichtwertkarte Boris.HH. Im Anschluss daran soll eine weitere Auskunftskomponente für das Internet entwickelt werden, mit der auch Immobilienschätzwerte und für die Wertermittlung erforderliche Daten abgerufen werden können. Diese Anwendung wird allerdings weiterhin im Hamburg Gateway angesiedelt sein, da die abrufbaren Informationen kostenpflichtig bleiben werden.

... über Sachwertfaktorenermittlung ...

Wie erwähnt, steht der Gutachterausschuss in der Pflicht, für Hamburg maßgebliche Sachwertfaktoren zu ermitteln und bereitzustellen. Die entsprechenden Datengrundlagen dafür werden zurzeit geschaffen, so dass hier demnächst mit ersten Ergebnissen gerechnet werden kann. Vor der Ermittlung von Bodenrichtwerten für den Stichtag 31. Dezember 2013 muss die Einteilung der Bodenrichtwertzonen den baulichen Entwicklungen in der Stadt angepasst werden. Zum Beispiel muss die Erschließung von Neubaugebieten nachvollzogen werden.

Voraussichtlich wird der Senat zum Jahreswechsel 2013 / 2014 mehrere Sanierungsgebiete aufheben. Die für die anschließende Erhebung von Ausgleichsbeträgen bei den betroffenen Grundstückseigentümern erforderlichen Wertermittlungen werden für eine hohe Auslastung bei der Geschäftsstelle sorgen.

... bis zur Umsetzung neuer Vorschriften

Auch bei den Vorschriften gilt es neue Entwicklungen zu berücksichtigen. Der Bund hat mit Wirkung zum 20. September 2013 das Baugesetzbuch novelliert. Die vorgenommenen Änderungen betreffen auch die Wertermittlung. So ist künftig geregelt, dass die Gutachterausschüsse auch zur bundesweiten Grundstücksmarkttransparenz beitragen müssen. Damit finden die Aktivitäten der Gutachterausschüsse im Zusammenhang mit der Herausgabe der Immobilienmarktberichte Deutschland jetzt auch im BauGB ihren Niederschlag. Künftig ist der Vertreter der Finanzbehörde bei der Ableitung der für die Wertermittlung erforderlichen Daten zu beteiligen und die Länder sind ermächtigt, die Häufigkeit der Bodenrichtwertermittlung zu regeln. Die letzten beiden Punkte müssen jetzt im hamburgischen Landesrecht umgesetzt werden.

GEOKOMPETENZZENTRUM: GEOINFORMATIONEN-KOORDINATION FÜR HAMBURG

Gut koordiniert: Daten sinnvoll steuern

Der Bedarf an Geoinformationen auf allen Ebenen von Wirtschaft und Verwaltung nimmt immer weiter zu. Dieser Trend ist schon seit mehreren Jahren zu beobachten und auch weiterhin ungebrochen. Immer mehr Standort- und Investitionsentscheidungen stützen sich auf die Verfügbarkeit von Geoinformationen. Damit ist die Notwendigkeit verbunden, Geoinformationstechnologie einzusetzen. Kein Wunder, dass neben der öffentlichen Verwaltung als dem größten Anbieter von Geoinformationen inzwischen auch zahlreiche Kammern und Verbände umfassende Konzepte zur Nutzung der Geoinformationstechnologie entwickeln und umsetzen.

In dem Maße, wie sich diese Entwicklung fortsetzt, wächst aber auch die Notwendigkeit, sie zum gemeinsamen Nutzen aller sinnvoll zu steuern, d. h. die sehr unterschiedlichen Bemühungen umfassend zu koordinieren. Diese Koordination hat einen technischen und einen organisatorischen Aspekt: Zum einen müssen einheitliche Standards geschaffen werden, damit die Daten austauschbar und damit möglichst uneingeschränkt zugänglich sind. Zum anderen sind die teils stark divergierenden Themen und Interessen zusammenzuführen, um Doppelarbeit zu vermeiden. Es gilt, mit möglichst geringem Ressourceneinsatz zu kooperieren und zu gemeinsamen Lösungen zu finden. Beide Aspekte finden sich unter der gängigen Bezeichnung „Geodateninfrastruktur“ (GDI) vereint.

Macht Daten austauschbar und uneingeschränkt zugänglich: eine Geodateninfrastruktur

Die Hamburger Vermessungsverwaltung, der in der Hansestadt die zentrale Zuständigkeit auf diesem Gebiet zukommt, stellt sich dieser Herausforderung schon seit 2003. Damals erteilte der Senat dem LGV den Auftrag, eine regionale GDI aufzubauen. Im Laufe der Jahre sind zu den hiermit verbundenen Koordinations- und Betreuungsleistungen in Hamburg (GDI-HH) noch weitere Ebenen hinzugekommen. Der Landesbetrieb koordiniert und realisiert den Ausbau der GDI innerhalb der Metropolregion Hamburg (GDI-MRH). Er ist die gesetzlich geforderte Kontaktstelle zur deutschlandweiten GDI-DE. Darüber hinaus ist er auch in die europäischen Bestrebungen im Rahmen von INSPIRE („Infrastructure for Spatial Information in the European Community“) eingebunden. Das Ziel auf allen Ebenen ist es, auf Basis von übergeordneten Grundsätzen und Regelungen sicherzustellen, dass Daten austauschbar und möglichst uneingeschränkt zugänglich sind.

GDI
Geodateninfrastruktur

GDI-HH
Geodateninfrastruktur Hansestadt Hamburg

GDI-MRH
Geodateninfrastruktur Metropolregion Hamburg

GDI-DE
Geodateninfrastruktur Deutschland

INSPIRE
Infrastructure for Spatial Information in the
European Community

Plan4all

Nutzungspotentiale europaweit ausschöpfen: INSPIRE umsetzen

Der Bedarf an zugänglichen und kombinierbaren Geoinformationen geht weit über die Hamburger Zuständigkeitsgrenzen hinaus. Aus diesem Grund ist es wichtig, auch einmal „über den Tellerrand“ zu schauen. Von Mai 2009 bis Oktober 2011 war der LGV einer von 24 Partnern aus 15 Ländern, die am europäischen Projekt Plan4all teilgenommen haben. Das Projekt wurde im Rahmen des Programms eContentplus kofinanziert. Die Teilnehmer kamen aus privaten Unternehmen, dem universitären Bereich, von internationalen Organisationen und aus der öffentlichen Verwaltung.

Das Hauptziel des Projektes bestand darin, die Planungsdaten und deren Metadaten gemäß der INSPIRE-Richtlinie zu harmonisieren. Eine besondere Eigenschaft der Aufgabe „Raumplanung“ besteht darin, dass es sich um eine ganzheitliche Tätigkeit handelt, bei der verschiedene Akteure auf unterschiedliche kompatible Komponenten zurückgreifen können müssen. Mit dem Projekt Plan4all wurde einerseits der Bekanntheitsgrad der Aufgabe „Raumplanung“ erhöht und gleichzeitig eine wichtige Vorarbeit für INSPIRE geleistet.

Bei der Umsetzung von INSPIRE, die nach einem europaweit einheitlichen Fahrplan stufenweise erfolgt, kann in Hamburg ein kontinuierlicher Fortschritt verzeichnet werden: Immer mehr Datensätze werden nach den INSPIRE-Vorschriften als Dienste bereitgestellt. Die technische Umgebung zur Erfüllung der INSPIRE-Anforderungen wurde ebenfalls aufgebaut. Sie wird als zentrale Infrastrukturkomponente beim LGV realisiert und steht für die gesamte hamburgische Verwaltung zur Nutzung zur Verfügung.

Neue Meilensteine: Geo-Online und Open Data Hamburg

Auch andere zentrale Bausteine der GDI-HH haben im Laufe der Zeit eine Weiterentwicklung erfahren und eine größere Bedeutung bekommen. So wurde mit dem Portal Geo-Online ein intuitiv zu bedienendes zentrales Geoportal für Hamburg etabliert, in dem Geobasisdaten, Luftbilder und Fachthemen für das Hamburger Stadtgebiet jedem Bürger über das Internet zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Baustein der GDI-HH, der Hamburger Metadatenkatalog (HMDK), ist schon seit 2005 als Zentrales Auskunftssystem in Hamburg etabliert. Er wird jetzt – neben seiner bisherigen Funktion – als Basis für das Open Data Portal Hamburg genutzt und ist somit das Fundament für

Portal Geo-Online

HMDK
Hamburger Metadatenkatalog

Open Data Hamburg

ein bedeutendes Projekt, welches stark im öffentlichen Fokus steht. Praktisch werden sowohl die schon im HMDK existierenden Geo-Metadaten für das OpenData-Portal abgegeben als auch neu hinzugekommene und teilweise nicht geobezogene Datensätze (z. B. Haushaltspläne), die nun auch im HMDK zentral erfasst werden.

Austauschplattform für ESRI-Anwender: der ESRI-Informationstag

Mit dem Enterprise Licence Agreement (ELA) wird seit Februar 2011 eine flexible Nutzung der Software der Firma ESRI innerhalb der FHH ermöglicht. Als fachliche Leitstelle und Ansprechpartner für GIS-Fragen organisierte der LGV im November 2012 einen Informationstag zum Thema ESRI, der mit rund 60 Interessierten gut besucht war. Einem Bericht von ESRI über Potenziale, Trends und Entwicklungen in der GIS-Welt folgten Fachvorträge über Anwendungen auf Grundlage von ArcGIS, in denen sich sehr schön das breite Anwendungsspektrum widerspiegelte. Die Vortragenden kamen aus Fachämtern der BSU, der Polizei, dem Kampfmittelräumdienst, vom Statistikamt Nord und von der Hochbahn. In den Pausen ergaben sich viele interessante Gespräche untereinander. Als deutliches Feedback war zu vernehmen, dass großes Interesse an regelmäßig stattfindenden entsprechenden Veranstaltungen besteht.

ELA
Enterprise Licence Agreement

ESRI/ArcGIS



ESRI-Informationstag 2012

Für die Metropolregion Hamburg: Ausbau der Geodateninfrastruktur und Betrieb eines Geoportals

Ein anderer wichtiger Bereich grenzübergreifender Vernetzung ist das Hamburger Umland, genauer: das kommunalpolitisch als Metropolregion definierte Gebiet. In Form verschiedener Landkreise umfasst es auch Teile der angrenzenden Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.



Geoportal der Metropolregion Hamburg

Mit dem Aufbau einer Geodateninfrastruktur in der Metropolregion Hamburg (GDI-MRH) werden Geobasisdaten und ausgewählte Geofachdaten über eine gemeinsame Dienste-Infrastruktur verfügbar gemacht. Und zwar für alle Menschen, Betriebe und Institutionen, die in diesem ca. 26.000 km² großen und ca. 5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Gebiet zu Hause sind.

Die Anstrengungen rund um den Ausbau und die Etablierung einer Geodateninfrastruktur in der Metropolregion (GDI-MRH) sowie der Betrieb eines Geoportals wurden auch in 2011 und 2012 fortgesetzt. Grundlage hierfür bildete das im Jahre 2007 geschlossene Verwaltungsabkommen zwischen den Bundesländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie der Kreise und Landkreise des Hamburger Umlandes bezogen auf das Gebiet der Metropolregion. Zusätzlich waren im Jahr 2010 weitere Partner

wie das Land Mecklenburg-Vorpommern, der Landkreis Lüchow-Dannenberg und der Landkreis Ludwigslust-Parchim in der damaligen Gebietsausdehnung Ludwigslust beigetreten.

Reichlich Vorteile: neue Portaltechnik, neue Themen

Ein erweitertes Angebot an Geobasisdaten, die Umstellung auf eine einheitliche Kartengrundlage von WebAtlasDE, die Vervollständigung der Themeninhalte, sowie die stetige Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit und der Zugriffszeiten waren dabei wichtige Ziele, die mit der Umstellung auf eine neue Portaltechnik auf Basis von Openlayers im Portal realisiert werden konnten.

Darüber hinaus wurden neue Themen im Bereich Bildung, Verwaltung, Wissenschaft, Verkehr, Tourismus und Planung inhaltlich aufbereitet und eingefügt. Eine übersichtlichere Struktur der Themen mit Legenden und eine neue Suchfunktion und Druckfunktion wurden umgesetzt. Für die einheitliche Darstellung von bundesland-übergreifenden Themen wurde u. a. ein Bestand an Icons (Kartensymbolen) aufgebaut, der von allen Mitgliedern genutzt werden kann.

Im Zuge der Erweiterung der Metropolregion (MRH) im April 2012 um weitere Kreise, Landkreise und die kreisfreien Städte Lübeck und Neumünster hat die im LGV ansässige Koordinierungsstelle der GDI-MRH ihre Bemühungen verstärkt, die neuen Mitglieder der MRH auch für die GDI-MRH zu gewinnen.

Neben dem Betrieb des Geoportals der Metropolregion und dem Ausbau der GDI in der MRH engagiert sich die Koordinierungsstelle auch in den Facharbeitsgruppen (FAG) der Metropolregion. Insbesondere konnte beim Aufbau und bei der Erstellung einer Raumstrukturkarte im Rahmen einer Unterarbeitsgruppe der FAG Siedlungsentwicklung mitgewirkt und in technischer Hinsicht wertvolle Unterstützung geleistet werden.

Effizient: Unterstützung durch Webservices

Die Gestaltung und Integration von Prozessen unterschiedlichster Art ist mehr denn je grundlegende Voraussetzung für ein effizientes und effektives Verwaltungshandeln. Der Einsatz von Webservices z. B. bei Geoportalen in Verbindung mit den Grundsätzen einer Geodateninfrastruktur kann hier zielorientiert Hilfe bieten.

In diesem Sinne hat der LGV seinen Kunden schon früh Daten und Dienstleistungen, zum Teil auch spezielle Softwarelösungen zur Verfügung gestellt. Der Bedarf an solchen Unterstützungsleistungen ist weiterhin groß, zumal die Vorteile auf Seiten des Kunden zwar erkannt, aber wegen des fehlenden Know-hows oft nicht von ihm selbst generiert werden können. An Projekten herrscht kein Mangel.

Beispielhafte Projekte: Portale für Dienststellen ...

So wurden für verschiedene Dienststellen der FHH Portale erstellt, z. B. für die Themenbereiche Badegewässer, Lärmschutz und Schulweg-Routing. Außerdem wurde für die BWVI, Amt V im großen Zuge die Migration und die Konsolidierung von Verkehrsdaten umgesetzt und anschließend ein Verkehrsportal zur Nutzung im Internet realisiert.

... vereinheitlichter Adressdatenbestand ...

Darüber hinaus stellt der LGV gemeinsam mit dem Statistikamt Nord einen einheitlichen, aktuellen und flächendeckenden Adressdatenbestand für ganz Hamburg als sogenannten Gazetteer-Dienst (Adress-Service Hamburg) für verschiedene Anwendungsfälle zur Verfügung.

Und Schulungen

Zusätzlich sind für etliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FHH Schulungen durchgeführt worden, die die Nutzung von Geoinformationssystemen erleichtern und deren Verbreitung steigern sollen.

In all diesen Dingen wirkt der LGV als kompetenter Dienstleister in unterschiedlichen Funktionen mit und ist in der Lage, kundenspezifische Dienstleistungspakete anzubieten.



6.

JAHRESABSCHLUSS IN ZAHLEN

LAGEBERICHT 2012

Der Landesbetrieb nach § 26 Landeshaushaltsordnung unterliegt der Steuerung und Kontrolle durch Senat und Bürgerschaft. Die Aufsicht führende Behörde über den Landesbetrieb ist die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Sie übt ihre Aufsicht unter anderem durch eine Zielvereinbarung aus, die jährlich zwischen der BSU und dem LGV neu abgeschlossen wird. In ihr sind wesentliche Projekte und Maßnahmen als operationalisierte Ziele enthalten. Über deren Fortgang bzw. Sachstand und die wirtschaftliche Situation berichtet der LGV vierteljährlich durch Projektberichte und sonstige Berichte.

1. Zielbild

Der LGV erfüllt für die Freie und Hansestadt Hamburg im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die ihm auf der Grundlage von gesetzlichen Regelungen, Verordnungen und Senatsbeschlüssen zugewiesenen hoheitlichen und ministeriellen Aufgaben.

Hierzu gehören

- » die Erfassung, Führung, Pflege und Bereitstellung von Geobasisdaten in Hamburg zur Gewährleistung eines regional und überregional einheitlichen geodätischen Raumbezugs,
- » der Nachweis des Eigentums an Grund und Boden im Liegenschaftskataster,
- » die hoheitlichen Aufgaben der Grundstückswertermittlung,
- » die Führung der geotopographischen Daten in Hamburg
- » sowie die Realisierung von Zielvorgaben des Senats auf dem Gebiet der Geoinformation.

Darüber hinaus ist der LGV Dienstleister für die Beratung und Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten sowie für die Ausführung von Vermessungsarbeiten aller Art sowohl für öffentliche als auch für private Auftraggeber.

Die Unternehmensstrategie des LGV ist auf die ausgewogene Zielverfolgung in den folgenden Perspektivfeldern ausgerichtet:

Leistungsperspektive

Aufgrund einer umfassenden Erlösfinanzierung sind die Aufträge der öffentlichen und privaten Kunden die wirtschaftliche Grundlage des LGV. Angebot und Leistungserstellung werden daher unter Berücksichtigung folgender Merkmale dienstleistungsorientiert ausgerichtet:

- » Qualitativ hochwertige, aktuelle und innovative Produkte und Dienstleistungen werden schnell und effizient mit Hilfe der entsprechenden technischen Medien bereitgestellt.
- » LGV entwickelt kundenspezifische Lösungen für die Nutzung von Geobasis- und Geofachdaten.
- » Sich im Zeitablauf verändernde stadtentwicklungs- und umweltpolitische Rahmenbedingungen und Auftragsschwerpunkte werden vom LGV flexibel berücksichtigt.

Gesetzlich zugewiesene Aufgaben

Das Kerngeschäft im hoheitlichen Bereich, die Gewährleistung von Qualität und Vollständigkeit von Geobasisdaten, die Koordinierungsaufgaben beim Aufbau einer Geodateninfrastruktur in Hamburg und die Führung der Kaufpreissammlung sowie des Baulastenverzeichnisses, ist unter besonderer Berücksichtigung von kostenminimierenden Lösungen für die FHH auszubauen.

Ministerielle Aufgaben zur Unterstützung des Senats

Kerngeschäft im ministeriellen Bereich ist die geofachliche Unterstützung des Senats bei der Umsetzung seiner politischen Ziele.

Der LGV agiert dabei in der FHH, in der Metropolregion, im norddeutschen Raum, im Bund sowie bei internationalen Aktivitäten.

Perspektivisch ist weiterhin die Koordinierung und der Ausbau der Geodateninfrastruktur in Hamburg und der Metropolregion der herausragende Schwerpunkt. Der LGV ist dafür die federführende Stelle in der Freien und Hansestadt Hamburg.

LGV ist weiterhin koordinierende Stelle für alle Aufgaben mit Geobezug mit dem Ziel der Standardisierung der Geodatenwelt Hamburgs.

Fiskalisches Geschäftsfeld

Kerngeschäft im fiskalischen Bereich sind die geofachlichen Dienstleistungen für die hamburgische Verwaltung und für private Kunden.

LGV erbringt kundenorientierte Lösungen auf den Gebieten der Anwendung von Geodaten, der Grundstücksbewertung, kommunaler Vermessungsaufgaben, der Geotopographie, der Nutzung des 3D-Stadtmodells, der Mediengestaltung und der Liegenschaftsvermessung.

Dieses für die Erlössituation des LGV wichtige Geschäftsfeld ist zugleich eine wichtige Komponente zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur der Hamburger Verwaltung und soll deshalb bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Ansatzpunkte für eine rentierliche Expansion im Kundenkreis der öffentlichen Verwaltung sind offensiv aufzugreifen.

Das Privatkundengeschäft ist unter Berücksichtigung ordnungspolitischer und steuerrechtlicher Rahmenbedingungen rentierlich fortzuentwickeln.

Prozessperspektive

- » Als Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln werden Kosten und Leistungen sowie weitere wesentliche betriebswirtschaftliche Parameter systematisch ermittelt, transparent dargestellt und analysiert.
- » Die Ergebnisse der kritischen Analyse der betriebswirtschaftlichen Parameter und der Geschäftsprozesse sind die Basis für eine kontinuierliche Effizienzoptimierung in allen Handlungsfeldern des LGV, deren Wirksamkeit durch interne Zeitreihenvergleiche und Gegenüberstellungen mit vergleichbaren geofachlichen Dienstleistern überprüft wird.

Finanzperspektive

Ziel des Landesbetriebes ist eine wirtschaftliche Aufgabenerledigung.

Hierzu gehören insbesondere

- » die Optimierung des Kostendeckungsgrades.
- » die Erwirtschaftung mindestens ausgeglichener Jahresergebnisse im Rahmen eines mittelfristigen Planungshorizonts. Negative Ergebnisse einzelner Geschäftsjahre werden durch positive Ergebnisse aus anderen Geschäftsjahren egalisiert.
- » die Finanzierung durch Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Dienstleistungen und Produkten an öffentliche und private Kunden. Ergänzend erhält der LGV von der BSU komplementäre Erträge für die Erfüllung nicht kostendeckend finanzierbarer Dienste. Die Wirtschaftsplanung des LGV ist dabei auf den hierfür zur Verfügung stehenden Finanzrahmen auszurichten.
- » eine im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Kostendeckung ausgewogene Preisgestaltung auf der Basis belastbarer Zahlen aus dem kaufmännischen Rechnungswesen. Dabei sind bundesweit beschlossene Vereinbarungen zur einheitlichen Preis- bzw. Gebührengestaltung für länderübergreifend verfügbare Produkte zu berücksichtigen.

Innovations- und Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterperspektive

Der Bereich der Geoinformation ist durch besonders ausgeprägte Innovationen gekennzeichnet, die vom LGV aktiv mitgestaltet werden.

Der LGV passt sich den schnellen Veränderungen auf dem Gebiet der IT-Entwicklungen an. Ebenso sind die Auswirkungen der veränderten technischen Möglichkeiten auf die Arbeitsabläufe durch Anpassung der personellen Ausstattung und der Qualifikation des Personals zu berücksichtigen.

Der LGV fördert seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen und nimmt bei Bedarf Neueinstellungen vor.

Der LGV gestaltet die Aktivitäten zum Audit berufundfamilie aktiv mit.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2012

Entwicklung der Umsatzerlöse sowie des Kostendeckungsgrades

Aufgrund einer guten Auftragslage sowie auch eines gezielten Auftragscontrollings auf Basis der Kosten- und Leistungsrechnung konnten die Umsatzerlöse in 2012 gegenüber dem Haushaltsjahr 2011 um rd. 0,5 Mio. EUR auf 23,3 Mio. EUR gesteigert werden. Gegenüber dem Planansatz für 2012 ist hier eine Steigerung i.H.v. 1,6 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die Gesamterträge des LGV einschließlich geplanter Zuschüsse aus dem Haushalt belaufen sich auf rd. 28,5 Mio. EUR. Dem stehen Aufwendungen i.H.v. rd. 27,3 Mio. EUR gegenüber, so dass sich ein Überschuss i.H.v. 1,2 Mio. EUR und damit ein Gesamtkostendeckungsgrad von 104,4 % ergibt.

Investitionen

Investitionen wurden in Höhe von rd. 0,53 Mio. EUR realisiert und als Zugänge im Anlagevermögen gebucht. Ihre Aufteilung auf die einzelnen Anlageklassen ist aus dem Anlagengitter ersichtlich.

Jahresfehlbetrag

Ohne die Berücksichtigung von Zuschüssen durch die Stadt (ausgewiesen in der Gewinn- und Verlustrechnung und der Position 21/Verlustübernahmen aus dem Haushalt) ergibt sich zunächst ein Jahresfehlbetrag. Dieser liegt mit rd. 1,87 Mio. EUR deutlich unter dem veranschlagten Wert (rd. 5,06 Mio. EUR). Dieses Ergebnis ist sowohl auf positive Ergebnisse aus laufender wirtschaftlicher Tätigkeit als auch auf besondere Einmaleffekte zurückzuführen.

Eigenkapital

Der Jahresabschluss wurde unter teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt. Die in 2012 geflossenen Betriebszuschüsse i.H.v. insgesamt rd. 3,08 Mio. EUR haben den Jahresfehlbetrag 2012 vollständig ausgeglichen bzw. überkompensiert, so dass letztlich ein Bilanzgewinn i.H.v. rd. 1,2 Mio. EUR zu verzeichnen ist. Durch Zuschüsse finanzierte Investitionen hingegen werden als Sonderposten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Per 31. Dezember 2012 ergibt sich folgender Eigenkapitalbestand:

Eigenkapital (Abb. 2)	EUR
Grundkapital	6.343.980,01
Kapitalrücklage	8.796.942,59
Bilanzgewinn	1.210.330,53
Summe	16.351.253,13

Personal

Im Geschäftsjahr 2012 hat die Anzahl der Beschäftigten von 379 auf 371 abgenommen.

3. Künftige Entwicklung des LGV

Stand der laufenden und geplanten Vorhaben / Projekte

Folgende komplexe Vorhaben konnten abgeschlossen werden oder werden in den folgenden Jahren fortgesetzt:

Geodateninfrastruktur

Erfolgreicher Ausbau

Der Bedarf an Geoinformationen und der Ausbau einer zugehörigen Geodateninfrastruktur nehmen weiterhin stetig zu. Die Bereitstellung und Präsentation von Geoinformationen ist für nahezu alle Bereiche von Wirtschaft und Verwaltung maßgeblich, um fundierte Standort- und Investitionsentscheidungen zu treffen. Dies spiegelt sich auch in den Kundenbeziehungen des Landesbetriebs wider.

Organisation

Die Geodateninfrastruktur Hamburg (GDI-HH) wird im Auftrag des Senats durch LGV koordiniert und seit 2003 systematisch ausgebaut, um Geodaten aus verschiedenen Ressorts übergreifend zu nutzen. Die Rechtsgrund-

lage für diese Arbeiten ist das Hamburger Geodateninfrastrukturgesetz (HmbGDIG), das am 31. Dezember 2010 in Kraft getreten ist.

Eine vergleichbare Zielsetzung auf europäischer Ebene verfolgt die Richtlinie 2007/2/EG vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE). Die deutschlandweite Umsetzung von INSPIRE erfolgt im Rahmen der Initiative Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE®). Diese nationale Anlaufstelle wird innerstaatlich von einer Koordinierungsstruktur unterstützt.

In einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern (VV GDI-DE®) wurde geregelt, dass in den Ländern jeweils eine Kontaktstelle eingerichtet wird. Auch der §13 des HmbGDIG besagt, dass bei der zuständigen Behörde (BSU) eine Kontaktstelle Geodateninfrastruktur eingerichtet werden soll. Den Kontaktstellen obliegt es, die Umsetzung der Beschlüsse des Lenkungsgremiums GDI-DE® in der jeweiligen Gebietskörperschaft zu koordinieren und zu überwachen. Für die Ressort übergreifende Koordinierung des Ausbaus der Geodateninfrastruktur Hamburg wurde im April 2010 durch den Senat die Einrichtung der Kontaktstelle Geodateninfrastruktur beim LGV in der Form eines Lenkungsgremiums GDI-HH und einer Koordinierungsstelle GDI-HH verfügt. Darüber hinaus existieren behördenübergreifende fachliche Arbeitskreise wie der AK GDI-HH und der AK HMDK®.

Zentrale Komponenten

Zu einer modernen und effizienten Geodateninfrastruktur und zur Erfüllung der an sie gestellten Anforderungen wie Ausfallsicherheit und Leistungsfähigkeit gehört der Betrieb zentraler Komponenten, die gemeinschaftlich genutzt werden. Mit dem Aufbau und dem Ausbau der GDI-HH sind die nachfolgenden zentralen Komponenten entstanden, die durch den LGV betrieben und gepflegt werden.

Zentraler Fachdatenserver

Dieses System wurde gerade im letzten Jahr verstärkt aufgebaut. Es bietet allen geodatenhaltenden Stellen die Möglichkeit, ihre Geofachdaten in einer zentralen Geodatenbank zu erfassen und fortzuführen. Die zentralen IT-Bausteine ermöglichen eine gemeinsame Infrastruktur mit einer dezentralen Datenpflege. Der Fachdatenserver bietet zudem die Möglichkeit, aus den gespeicherten Geodaten interoperable Web-Dienste zu erzeugen und diese bestimmten Nutzergruppen verfügbar zu machen. Der dauerhafte

Betrieb wird zurzeit in Absprache mit der Finanzbehörde, den anderen Fachbehörden und den Bezirken geregelt.

Geoserver / Geoportal Hamburg

Im Rahmen einer Kooperation von Schleswig-Holstein und Hamburg wurde mit dem Geoserver/Geoportal Hamburg eine internetbasierte Auskunft- und Vertriebsplattform für Geobasis- und Geofachinformationen geschaffen. Damit wird der Zugang zu den Informationen und den Daten selbst für Wirtschaft, Verwaltung und für den Bürger deutlich erleichtert. Das Angebot erstreckt sich über alle Basisdaten des Liegenschaftskatasters und der Geotopographie sowie über kartographische Produkte bis hin zu ausgewählten Fachdaten aus Verkehr, Planung, Bau, Umwelt u. a. .

Folgende Anforderungen werden durch den Geoserver erfüllt:

- » Förderung der gemeinsamen Nutzung von Geobasis- und Geofachdaten der verschiedenen Ressorts
- » Verwendung von Metadaten; Integration des Hamburger Metadatenkatalogs (HMDK®)
- » Einrichtung eines Portals für Geoinformationen im Internet und Intranet
- » Realisierung von Mensch-Maschine-Kommunikation
- » Standardisierung von Daten und Diensten
- » Sicherstellung eines hohen Sicherheitsniveaus
- » Einrichtung einer E-Payment-Funktionalität

Hamburger Metadatenkatalog HMDK®

Der Hamburger Metadatenkatalog (HMDK®) ist als Metadatenbank mit Suchkomponente eine der zentralen Komponenten für eine funktionierende Hamburger Geodateninfrastruktur. Erst über die Auffindbarkeit von Informationen über Daten und Dienste ist es den Nutzern möglich, vorhandene Datenbestände zu identifizieren, sie für die eigene Nutzung zu bewerten und Zugangswege zu den Daten zu erfahren.

Im Rahmen der Hamburger Open Data-Initiative erfuhr der HMDK® im letzten Jahr eine weitere Aufwertung, da alle im Hamburger Open Data-Portal enthaltenen Datensätze im Hamburger Metadatenkatalog erfasst und über die Schnittstelle weitergegeben werden. Die Koppelung der beiden Systeme führt dazu, dass sich der Nutzerkreis vom ursprünglich hauptsächlich Umwelt- und Geobezogenen Bereichen zunehmend auf die gesamte Verwaltung der Stadt Hamburg erweitert. Der HMDK wird

auch hinsichtlich des Transparenzgesetzes in Zukunft eine tragende Rolle spielen.

Fachliche Leitstellen

Geo-Querschnittsaufgaben

Die Fachliche Leitstelle Geoinformationssysteme (FL GIS) nimmt die zentrale Aufgabe der Abnahme und Freigabe neuer Softwareversionen des für Hamburg gesetzten GIS-Standards ESRI wahr. Dies ist die Voraussetzung zur Verteilung der Software durch Dataport im FHH-Netz. Die FL GIS nimmt darüber hinaus im Rahmen der Hamburg weiten Lizenz, die LGV mit der Fa. ESRI in 2011 abgeschlossen hatte, den „First-Level-Support“ wahr.

Daneben führt die FL GIS Fachberatungen und Schulungen für die Verwaltung der FHH durch. Auch regelmäßige Informationsveranstaltungen, Workshops zu speziellen Themen und individuelle Beratungen werden von der FL GIS angeboten und durchgeführt.

In der Fachlichen Leitstelle CAD (FL CAD) stehen den Anwendern des Autodesk-Produktes AutoCAD kompetente Ansprechpartner zur Verfügung, die auch für den Einsatz und die Verfügbarkeit dieser Software im Standardwarenkorb der FHH verantwortlich sind.

Daneben gibt die FL CAD in vielen Fällen Unterstützung und Hilfe. Auch werden auf der SharePoint-Seite der FL CAD Anleitungen zur Arbeitserleichterung bereitgestellt. Darüber hinaus berät die FL CAD Dataport zum Thema Lizenzverwaltung.

Netzwerk Geoinformationswirtschaft

Synergien zwischen Wirtschaft und Verwaltung

Um Geoinformationen intensiver und Gewinn bringend zu nutzen und den Geoinformationsmarkt in und um Hamburg auszubauen, hat der Landesbetrieb gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg das „Netzwerk Geoinformationswirtschaft Hamburg (GIW-HH)“ eingerichtet. Ziel dieses Netzwerks ist es, die Nutzung und den Einsatz von Geoinformationen zu fördern. Hierzu finden in der Handelskammer Hamburg regelmäßig Veranstaltungen statt. Die Veranstaltungen zeigen, wie durch innovative Ansätze Synergien zwischen Wirtschaft und Verwaltung entwickelt werden können. Firmen aus unterschiedlichen Wirtschaftszweigen werden zum

Mitmachen angeregt, um neue Ideen mit „Netzwerkunterstützung“ in die Tat umzusetzen.

Für diese Initiative kristallisieren sich drei Arbeitsschwerpunkte heraus:

- » Logistik / Verkehr / Hafen
- » Umwelt- / Klimaschutz
- » Immobilien- / Wohnungswirtschaft

Metropolregion Hamburg

Zusammenarbeit lohnt sich

Mit dem Aufbau einer Geodateninfrastruktur in der Metropolregion Hamburg (GDI-MRH) werden Geobasisdaten und ausgewählte Geofachdaten über eine gemeinsame Dienstinfrastruktur für die Menschen, Betriebe und Institutionen, die in diesem ansässig sind, verfügbar gemacht.

Dabei wird mit dem zugehörigen Geoportal die Möglichkeit geschaffen, alle Geoinformationen dieser Region gemeinsam zu präsentieren. Die Internetanwendung „Geoportal der Metropolregion Hamburg“ den Grenzen überschreitenden, einheitlichen Zugriff auf Geobasis- und Geofachdaten der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen für das Gebiet der Metropolregion Hamburg ermöglichen. Neben den Landesvermessungsverwaltungen der Länder sind ebenfalls die Fachverwaltungen der Kreise Metropolregion aktive Partner.

Die Ideen zum Geoportal wurden im Rahmen eines Leitprojektes 2005 aufgegriffen und umgesetzt. LGV hat als Koordinierungsstelle gemeinsam mit den anderen beteiligten Verwaltungen einheitliche Komponenten zur Suche, zur Benutzung und zur Bereitstellung der Geodaten entwickelt. Durch die Interoperabilität der Daten und Systeme wird eine Effizienzsteigerung erzielt; die Nutzungspotenziale der Geoinformationen werden besser ausgeschöpft. Das Geoportal ist daher für die Positionierung der Metropolregion im nationalen und internationalen Wettbewerb von wesentlicher Bedeutung. Die gemeinsame Geodateninfrastruktur und der Betrieb des Geoportals werden über ein Verwaltungsabkommen organisatorisch und finanziell sichergestellt.

Geodatenanwendungen

Innovationen für Hamburg

Um die große Palette an Geoinformationen, die von verschiedenen Stellen

der FHH im Fachdatenserver erfasst und gepflegt werden, einem größeren Nutzerkreis mit modernster Technik im Intra- und Internet online zur Verfügung zu stellen, entwickelt der LGV je nach Anforderung Lösungen für den allgemeinen oder speziellen Anwendungsfall, aufbauend auf standardisierten Geo-Webdiensten sowie interaktiven Kartennutzungsmöglichkeiten.

Zu nennen sind hier u. a. Portal-Lösungen, Beteiligungsplattformen und in Verwaltungsverfahren integrierte Anwendungen.

Ausgangspunkt bildet dabei häufig die Erarbeitung und Erstellung von Konzepten für andere Fachämter, Behörden und Bezirksämter als Basis für die Umsetzung solcher „GDI-Maßnahmen“.

Dabei spielt die Aufbereitung und Migration alter Datenstrukturen sowie die Modellierung und Prozessierung von neuen Datenstrukturen eine immer größere Rolle, um separat vorliegende Geoinformationen zu neuen, „gematchten“ zusammenzuführen. Dadurch können tiefere Erkenntnisse gewonnen und häufig Entscheidungen fundierter, zuverlässiger und schneller getroffen werden. Nicht zuletzt dadurch sind Geodatenanwendungen heute selbstverständlicher Teil von Geschäftsprozessen in Wirtschaft und Verwaltung.

Zu diesen Geodatenanwendungen zählen u. a. Geoportale unterschiedlichster Art wie Verkehrsportale, Energiewendeportal, KiTa Portal oder Stadt- und Landschaftsplanung Online, die Liegenschaftskatasterauskunftssysteme FHH-Atlas und Geo Online, ein einheitlicher Adressdatenbestand für Hamburg (Hamburg Gazetteer), Schulwegrouting, mobile GIS-Anwendungen etc.

Liegenschaftskataster

Grundlage der Eigentumssicherung

Eine der „Säulen“ des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung ist die Führung des Liegenschaftskatasters – gemeinsam mit dem Grundbuch in Deutschland das System des Eigentumsnachweises an Grund und Boden. Die sich daraus ergebende Rechtssicherheit und die damit verbundene Beleihungsfähigkeit sichert die wirtschaftliche Entwicklung.

Modern und aktuell

Das Liegenschaftskataster ist das Verzeichnis, das die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse der Liegenschaften maßstabsgetreu darstellt und beschreibt. Diese Daten stammen fast ausnahmslos aus Vermessungsarbeiten vor Ort und ihrer Weiterverarbeitung im Innendienst. Für topographische Inhalte werden auch aktuelle Luftbilder herangezogen.

Nachdem in der Vergangenheit das Hauptaugenmerk auf der Digitalisierung der Daten lag, ging es bei dieser Umstellung auf das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS®) um ihre Integration, d. h. ihre technische und organisatorische Vereinheitlichung. Mit der Einführung in Hamburg in 2010 wurde die Integration von Liegenschaftskarte, Liegenschaftsbuch und Grenzpunktdaten zu einer Datenbank abgeschlossen.

Mit dieser Umstellung auf die deutschlandweit vereinbarte Referenzversion liefert Hamburg – und in Kürze auch alle anderen Bundesländer – einheitliche Daten aus dem Liegenschaftskataster. Hierdurch werden für länderübergreifend operierende Kunden bestehende Hemmnisse abgebaut.

Mit dem neuen System ALKIS® erhalten die Bürgerinnen und Bürger einen schnelleren Zugriff auf die sie betreffenden Daten. Auskünfte aus dem Liegenschaftskataster können die Nutzerinnen und Nutzer jetzt auch von anderen Dienststellen der Verwaltung, wie den Dienstleistungszentren der Bezirksämter und beliebigen Stellen, den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren (ÖbVI) bekommen.

Gleichzeitig mit dem Umstieg auf ALKIS® wurde das Bezugssystem ETRS89 mit dem Abbildungssystem UTM eingeführt. Ein Transformationsservice beim LGV unterstützt und berät seitdem die verantwortlichen Stellen für Geofachdaten, wie Planungsdaten, Schutzgebiete, ... So werden die vorhandenen Geofachdaten zügig in das neue Bezugssystem ETRS89 / UTM überführt und stehen zur gemeinsamen Nutzung mit den Geobasisdaten des LGV zur Verfügung.

Qualität ist Trumpf

Die Erfordernisse der Wissensgesellschaft einerseits und die rasante Entwicklung der Informationsverarbeitung andererseits, zuletzt besonders im grafischen Bereich stellen hohe Anforderungen an die amtlichen Geobasisdaten und hierbei an das Liegenschaftskataster im Besonderen. Wie selbst-

verständlich werden heute ortsabhängige Fachinformationen mit aktuellen, einheitlichen und navigationsfähigem Kartenmaterial verknüpft. So ist das Thema „OpenData“ im E-Government-Prozess ein zentraler politischer Diskussionspunkt. Und durch das Hamburgische Transparenzgesetz ist ein bedeutender Fokus für Hamburg hinzugekommen.

Die Einführung des ALKIS® hat diesen Aspekten Rechnung getragen. Um den begonnenen Prozess erfolgreich weiterzuführen, sind die Inhalte des Liegenschaftskatasters qualitätsgesichert weiterzuentwickeln.

In der Zusammenarbeit mit dem Bundesland Schleswig-Holstein werden in einem längerfristigen Projekt bis 2013 die Nachweise der Landesgrenze im Liegenschaftskataster aufeinander abgestimmt. Die ersten Kontakte zum Land Niedersachsen wurden in dieser Thematik aufgenommen, so dass die Bearbeitung dieses zweiten Teils im Jahr 2013 beginnen kann.

Die Überarbeitung und Qualitätsverbesserung der Liegenschaftsdaten erfolgt aktuell mit drei verschiedenen Projekten. Das Projekt Nachmigration konnte in der Stufe I (Migrationseffekte von besonderem Interesse für die ALKIS®-Daten-Nutzerinnen und -Nutzer) bis auf Restarbeiten in 2012 abgeschlossen werden; die Stufe II (weitere Verbesserung der Daten) wird mittelfristig abgeschlossen. Das Projekt „Homogenisierung“ ist ebenfalls mittelfristig angelegt und bildet den Abschluss der Integration der einzelnen Datenbestände des Liegenschaftskatasters. Für das Projekt „Tatsächliche Nutzung“ wurden in 2012 und werden in 2013 die Vorarbeiten geleistet, um ab 2014 eine flächenhafte Überarbeitung / Aktualisierung durchzuführen.

Daten des Grundstücksmarkts / Wertermittlung

Ein wesentliches Geschäftsfeld des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Hamburg und seiner beim Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung angesiedelter Geschäftsstelle ist die Bereitstellung von Informationen für die Schaffung, die Verwaltung und den Handel von Immobilien. Diese Informationen sorgen – so wie es das Baugesetzbuch vorgibt – für Transparenz auf dem Grundstücksmarkt. Des Weiteren erstattet der Gutachterausschuss Verkehrswertgutachten über bebaute und unbebaute Grundstücke sowie über Rechte an Grundstücken im Auftrage Dritter. Die Geschäftsstelle fertigt den Gutachten vergleichbare Wertbeurteilungen im Auftrage hamburgischer Verwaltungsdienststellen an.

Kaufpreise im Blickpunkt

Grundlage für die Arbeit des Gutachterausschusses ist die Kaufpreissammlung für die 2012 ca. 13.000 Kaufverträge ausgewertet wurden und deren Hauptnutzen in den Analysen liegt, die aus ihren Daten nach statistischen Methoden gewonnen werden. Mit Hilfe der analysierten Daten werden jährlich die Bodenrichtwerte und die sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten ermittelt.

Die Ergebnisse, die am häufigsten nachgefragt werden, sind die Bodenrichtwerte. Das sind durchschnittliche Lagewerte des Bodens pro Quadratmeter Grundstücksfläche, die insbesondere von der Lage sowie der Art und Intensität der Bebauung abhängen. Die Fläche Hamburgs ist in Zonen eingeteilt, in denen für eine Mehrheit von Grundstücken die Grundstücksmerkmale, insbesondere Art und Maß der Nutzbarkeit, weitgehend übereinstimmen und in denen im Wesentlichen gleiche Wertverhältnisse vorliegen. Für jede Zone werden bis zu 10 nach Nutzungsarten differenzierte Bodenrichtwerte ermittelt.

Die „sonstigen für die Wertermittlung erforderlichen Daten,“ wie z. B. Liegenschaftszinssätze und Ertragsfaktoren richten sich an Experten. Sie werden jährlich in einem Immobilienmarktbericht veröffentlicht. Darüber hinaus enthalten die Immobilienmarktberichte eine Vielzahl von Daten und Informationen über den Grundstücksmarkt in Hamburg.

Immobilien bewerten

Wer den Wert eines Einfamilienhauses, eines Bauplatzes oder einer anderen Immobilie in Hamburg wissen möchte, kann den Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Hamburg mit der Ermittlung des Verkehrswertes beauftragen. Anlass einer Gutachtenerstellung können Erbaueinsetzungen, Ehescheidungen oder steuerliche Aspekte sein. Oftmals wird der Gutachterausschuss auch in gerichtlichen Auseinandersetzungen befasst. Für Neutralität, Unabhängigkeit und Fachkompetenz bürgt die Mitwirkung der ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses wobei die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle im Vorfeld ihren Beitrag leisten.

Die beim Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung angesiedelte Geschäftsstelle erstattet Wertbeurteilungen im Auftrage städtischer Dienststellen und ist insofern als kommunale Bewertungsstelle tätig. Die

Wertbeurteilungen gleichen den Gutachten des Gutachterausschusses weitgehend. Anlässe für die Abforderung von Wertbeurteilungen sind ähnlich vielfältig wie bei Gutachten. Hier stehen jedoch die Erhebung von sanierungsbedingten Ausgleichsbeträgen, Prüfung von Verkäufen in Sanierungsgebieten, Vorbereitung städtischer Grundstücksan- und -verkäufe, Enteignungsverfahren, Entschädigung der Bausubstanz bei Auslaufen von Erbbaurechten oder Ausübung von Vorkaufsrechten im Vordergrund.

Bodenrichtwerte auf neuer Basis

Die Bodenrichtwerte werden entsprechend §196 BauGB und der Gutachterausschussverordnung ermittelt und bereitgestellt. Das Erbschaftsteuerreformgesetz ErbStRG vom 31. Dezember 2008 verpflichtet zur flächendeckenden Bereitstellung zonaler Bodenrichtwerte im Gegensatz zu den zuvor in Hamburg gebräuchlichen lagetypischen Bodenrichtwerten. Die sehr arbeitsintensive Bildung der neuen ca. 35.500 Zonen konnte im ersten Halbjahr 2012 abgeschlossen und dem Gutachterausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Zonale Richtwerte wurden anschließend erstmals für den Stichtag 31. Dezember 2010 im August 2012 durch den Gutachterausschuss beschlossen. Auch die Werte für den Stichtag 31. Dezember 2011 traten noch im Jahr 2012 in Kraft. Für die Darstellung und Abgabe zonaler Bodenrichtwerte waren umfangreiche programmtechnische Anpassungen der interaktiven Bodenrichtwertkarte im GeoPortal des LGV erforderlich. Aufgrund der Bestimmungen des Hamburgischen Transparenzgesetzes wird dieser Dienst seit Ende 2012 kostenfrei zur Verfügung gestellt. Für 2013 ist eine Neuprogrammierung der interaktiven Bodenrichtwertkarte und eines adressbasierten Auskunftsdienstes im Internet über Bodenrichtwerte und andere für die Wertermittlung erforderlichen Daten geplant.

Neue Sachwertrichtlinie in Kraft getreten

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung löst die Wertermittlungsrichtlinie 2006 sukzessive durch neue Richtlinien, die jeweils Teilbereiche regeln, ab. 2012 traten die Sachwertrichtlinie und die damit verbundenen Normalherstellungskosten 2010 in Kraft. Seither werden auf dieser Grundlage Daten, mit dem Ziel daraus im Laufe des Jahres 2013 Sachwertfaktoren abzuleiten, gesammelt.

3-D-Stadtmodell

Bundeseinheitlichkeit angestrebt

Das 3-D-Stadtmodell von Hamburg (DSGK 3D), ein digitales dreidimensionales Stadtmodell, wird im Zuge bundesweiter Bestrebungen gegenwärtig neu strukturiert und damit landesgrenzübergreifend vereinheitlicht. Ende des ersten Quartals 2013 wird die vereinfachte erste Stufe, das sog. LoD1_AdV, an die Zentralstelle der Länder abgegeben. Parallel beginnt der Aufbau des LoD2_AdV, das standardisierte Dachformen für die Gebäude vorsieht.

Kommunale Vermessung

Unterstützung des Straßenbaus

Hervorzuheben sind insbesondere die Großprojekte zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, der A7-Deckel, die Hafenuferspange/A26, die Velorouten und das Busbeschleunigungsprogramm. Zusammen mit den Standardaufgaben zur Sicherung der Hmb. Infrastruktur (Straßen, Tunnel, Brücken, Deiche) werden diese Projekte auch in den nächsten Jahren umfangreiche Personalressourcen binden. Zusätzlich wird 2013 auch die Vermessung der K20 (A7 südlich des Elbtunnels) erfolgen.

Der LGV ist ein unverzichtbarer und anerkannter Dienstleister für die BWVI und die DEGES. Im Aufgabenfeld der Vermessung von großen Bauvorhaben der FHH sind inzwischen neue Tätigkeiten wie zum Beispiel die Erstellung von Leitungsplänen für die Bauherrseite hinzugekommen. Weiterhin werden planungsbegleitende Vermessungen und ggf. auch die Datenhaltung vom LGV zentral für die Stadt koordiniert und durchgeführt.

Straßendatenbank

Neue Dienstleistung im Auftrag der Verwaltung

Das Amt für Verkehr und Straßenwesen der BWVI (Amt V) hat den LGV gebeten, zu untersuchen, inwieweit die Straßendatenbank der BWVI (TT-SIB) qualifiziert und ertüchtigt werden kann. Diese Untersuchung wurde erfolgreich abgeschlossen. Das Amt V beabsichtigt, die Ertüchtigung und dauerhafte Führung ab 2013 in die Hände des LGV zu geben. Vorrangiges Ziel ist die Aufbereitung der Daten und Systeme, um sie im Rahmen eines Erhaltungsmanagements, des Schwerlasttroutings, des Betriebsdienstes und für das Berichtswesen in der Verwaltung der FHH zu nutzen.

GIS und Medien

Neue Internetauftritte

Neue Internetauftritte einiger Ämter der BSU wurden von der Mediengestaltung realisiert. Zu Anfang des Jahres war es der Auftritt anlässlich 50 Jahre Sturmflut, im zweiten Halbjahr 2012 und in 2013 fortgesetzt steht der Relaunch von hamburg.de im Vordergrund. Hier wird die BSU massiv unterstützt, sowohl mit reinen Relaunch-Aufgaben als auch mit neuen Auftritten. Gleichzeitig wurde eine neue Internetkarte realisiert, die den heutigen Anforderungen hinsichtlich Layout, Datenquellen und Weiterverarbeitung gerecht wird und so den Nutzern einen deutlichen Mehrwert gegenüber Karten bietet, die, für andere Zwecke hergestellt, einfach ins Internet übertragen werden.

Aktuelle Kartenproduktionen

Wichtige Institutionen und besondere Ereignisse wurden mit analogen Kartenproduktionen unterstützt. Als Beispiel seien die Karten für die Metropolregion, für den Kirchentag, Karten der Lärmschutzzonen und für die Deichverteidigung genannt. Im Bereich Stadtplanung wird der Flächennutzungsplan bearbeitet und es zeichnet sich ab, dass auch das Landschaftsprogramm beauftragt werden wird.

Digitale Kartenproduktionen umfassen neben der oben erwähnten Internetkarte das digitale Planrecht, das zur Daueraufgabe geworden ist und die Datenerfassungen und -aufbereitungen zum PLIS, die 2012 vorbereitet wurden und 2013 anlaufen werden.

Im Bereich der Geobasisdaten wurde die herkömmliche, mit hohem manuellen Aufwand erzeugte Digitale Karte 1: 5000 (DK5) qualitativ etwas abgesenkt, der Workflow zur Herstellung jedoch wesentlich effizienter, d. h. automatisierter gestaltet.

4. Risiken der künftigen Entwicklung

Die folgenden Jahre werden durch teilweise nur schwer abschätzbare Entwicklungen und Rahmenbedingungen geprägt sein. Hierzu gehören:

- » Umsetzung des Hamburgischen Geodateninfrastrukturgesetzes (HmbG-DIG) in allen betroffenen Behörden der FHH und Zusammenwirken mit Aktivitäten des Bundes und der Länder
- » konjunkturelle Entwicklung

- » technische Entwicklungen (Galileo, Webtechniken)
- » Haushaltskonsolidierung
- » Beteiligung an Großprojekten der FHH
- » Änderung der Kundenanforderungen und -erwartungen
- » Erlösminderung durch Einführung von E-Governmentprojekten
- » Anpassung von Gebühren und Preisen aufgrund von bundeseinheitlichen Regelungen
- » Hamburgische Transparenzgesetz (HmbTG)

Infolge der politischen Entscheidung, die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger und die informationelle Infrastruktur zu stärken, ist dem LGV eine wichtige Einnahmequelle verloren gegangen. Es muss von jährlichen Erlöseinbußen für den LGV von ca. 750 Tsd. € ausgegangen werden, die schrittweise beginnend ab Oktober 2012 eintreten werden. Hierbei sind die internen Erstattungen aus der Hamburger Verwaltung nicht berücksichtigt, da sie nicht vom HmbTG betroffen sind.

Es ist außerdem ab Bereitstellung des Informationsregisters mit erhöhter Personalaufwendung für die Aufbereitung der Daten für das Informationsregister und für die Bearbeitung erhöhter Supportanfragen zu rechnen.

Umzug nach Wilhelmsburg in 2013

Durch den aus gesamtstädtischem Interesse beschlossenen Umzug nach Wilhelmsburg soll dem LGV kein wirtschaftlicher Nachteil entstehen. Die einmaligen Umzugskosten und mit dem Umzug verbundenen Aufwendungen und Investitionen werden aus dem Wirtschaftsplan des LGV gedeckt. Für die laufende Mietbelastung hat der LGV die Zusage, dass die jährliche Mietbelastung den Betrag von 1 Mio EUR nicht übersteigt und somit das Mietniveau der jetzigen Anmietung hat.

5. Ertragslage

Ab 2009 enthält die Gewinn- und Verlustrechnung auch Erlöse für hoheitliche Aufgabenwahrnehmung im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in den Geschäftsfeldern Grundstückswertermittlung, Geogrundlagendatenpflege und Liegenschaftskatasterpflege. Der LGV hat für die Wahrnehmung dieser Aufgaben mit der BSU im Rahmen einer Zielvereinbarung entsprechende Entgelte vereinbart, die der Behörde in Rechnung gestellt werden.

Im Bereich der Dienstleistungen konnte der LGV in den letzten Jahren die Ertragslage stetig steigern.

Die Geschäftsleitung geht davon aus, dass auch in den nächsten Jahren ein hohes Niveau der Umsatzerlöse gehalten werden kann.

6. Entwicklung des Eigenkapitals

Die Kapitalrücklage des LGV hat sich in den letzten Jahren aus der Erwirtschaftung von Überschüssen des LGV aufgebaut. Per 31. Dezember 2012 betrug sie 8.796.942,59 EUR.

Auf Basis einer Ergebnisverwendungsentscheidung der Aufsicht führenden Behörde BSU vom 29. September 2012 wurde der Bilanzgewinn aus dem Jahr 2011 i.H.v. 292.705,37 EUR der Kapitalrücklage zugeführt, die sich damit zunächst einmal weiter erhöht hat. Die derzeit in der Bilanz des LGV ausgewiesenen Rücklagen werden in den nächsten Jahren benötigt zur Abdeckung der vorstehend genannten Risiken insbesondere im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung, die Haushaltskonsolidierung sowie zum Ausgleich der Mehrbedarfe infolge der Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Darüber hinaus hatte die BSU als Aufsicht führende Behörde den LGV in 2011 als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu einer Ablieferung an den Haushalt verpflichtet, die aus der Kapitalrücklage zu kompensieren ist. Von der angeordneten Ablieferung hatte die BSU per 31. Dezember 2011 bereits 250 Tsd. EUR erhalten. In 2012 ist eine weitere Ablieferung i.H.v. 750 Tsd. EUR erfolgt (500 Tsd. EUR als direkte Abführung, 250 Tsd. EUR über die Absenkung hoheitlicher Entgelte). Der restliche Betrag i.H.v. 500 Tsd. EUR ist lt. Beschluss der BSU bis zur Abforderung in der Kapitalrücklage auszuweisen.

Der Jahresüberschuss aus 2012 wird bis zur Entscheidung durch die Aufsicht führende Behörde als Bilanzgewinn ausgewiesen.

	Grundkapital EUR	Kapitalrücklage EUR	Bilanzgewinn EUR	Eigenkapital EUR
Stand 1. 1.	6.343.980,01	9.004.237,22	292.705,37	15.640.922,60
Zuführung Bilanzgewinn 2010 an Kapitalrücklage		292.705,37		
Abführung an den Haushalt		-500.000,00		
Jahresergebnis			1.210.330,53	
Stand 31.12.	6.343.980,01	8.796.942,59	1.210.330,53	16.351.253,13

7. Veränderungen bei den Rückstellungen

Seit der Vorlage der Eröffnungsbilanz auf den 1. Januar 2004 bildet der LGV unter Beachtung von § 249 HGB Rückstellungen, für die naturgemäß eine Prognose für zukünftige Zeiträume schwierig ist. Grundlage für die Pensionsrückstellungen ist ein versicherungsmathematisches Gutachten. Gemäß VV zu § 26 LHO werden auch Rückstellungen aufgrund der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Altersversorgung sowie für Beihilfe gebildet. Sonstige Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Für Altersteilzeitverpflichtungen werden gemäß VV zu § 26 LHO nach steuerlichen Grundsätzen ermittelte Rückstellungen gebildet. Die Veränderungen bei den einzelnen Rückstellungen insgesamt sind dem Rückstellungsspiegel zu entnehmen.

Rückstellungsspiegel in EUR	Stand 31.12.2011	Zuführung	Auflösung	Stand 31.12.2012
Pensionsrückstellungen	4.497.712,00	588.858,00	0,00	5.086.570,00
Beihilferückstellungen	2.628.174,00	205.425,00	0,00	2.833.599,00
RGG-Beiträge	730.214,66	69.197,70	0,00	799.412,36
Urlaubsrückstellungen	685.778,00	75.777,00	0,00	761.555,00
Überstundenrückstellungen	134.811,00	39.405,00	0,00	174.216,00
Altersteilzeitrückstellungen	1.815.180,00	0,00	304.728,00	1.510.452,00
Sabbatjahre	0,00	0,00	0,00	0,00
Rückbauverpflichtung	440.395,71	0,00	0,00	440.395,71
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	274.868,79	2.053,30	0,00	276.922,09
Prozesskostenrückstellungen	300.000,00	0,00	0,00	300.000,00
sonstige Rückstellungen	295.186,92	138.144,69	295.186,92	138.144,69
Noch nicht berechnete LuL	142,69	52.477,40	142,69	52.477,40
Gesamt	11.802.463,77	1.171.338,09	600.057,61	12.373.744,25

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 2012

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des LGV für das Geschäftsjahr 2012 wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Die Bilanz ist nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB gegliedert (§ 266 HGB). Die Vorgaben für den Eigenkapitalausweis gemäß VV zu § 26 LHO wurden berücksichtigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Absatz 2 HGB) erstellt. Mit der Aufstellung der Bilanz nebst Anlagenspiegel, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung, Anhang und Lagebericht erfüllt der LGV die Bestimmungen der Verwaltungsvorschriften zu §§ 26 Absatz 1 und 4, 74, 85 Nr. 3 und 87 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung (LHO).

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz wurde nach den Rahmungsgrundsätzen für die Wahrheit, Klarheit und Vollständigkeit der Rechnungslegung aufgestellt.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Software und entgeltlich erworbene Datenbestände, die zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen aktiviert wurden. Der LGV verfügt darüber hinaus über umfangreiches weiteres Datenmaterial. Diese teilweise bis weit in die Vergangenheit zurückreichenden Daten werden vom LGV im Rahmen seiner Aufgaben weiterhin genutzt und verwertet. Da diese Datenbestände jedoch nicht entgeltlich erworben wurden bzw. die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer überschritten ist, erfolgte keine Aktivierung.

Das Anlagevermögen wird zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, bei abnutzbaren Gegenständen vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen werden auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände nach linearer Methode vorgenommen.

Die mit der Unternehmenssteuerreform ab 2008 geänderten steuerlichen Vorschriften für geringwertige Wirtschaftsgüter werden für den handelsrechtlichen Abschluss übernommen, da der Sammelposten von untergeordneter Bedeutung ist. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- und Herstellungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden in Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre abgeschrieben. Eine Ausnahme hiervon bilden GWG aus dem IT-Bereich; diese werden aus Transparenzgründen einzeln aktiviert.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu gleitenden Durchschnittspreisen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit ihrem Nennwert unter Berücksichtigung von angemessenen Wertberichtigungen aktiviert.

Grundlage für die Pensionsrückstellungen ist ein versicherungsmathematisches Gutachten per 31.12.2012. Gemäß VV zu § 26 LHO werden auch Rückstellungen aufgrund der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Altersversorgung sowie für Beihilfe gebildet. Sonstige Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Für Altersteilzeitverpflichtungen werden gemäß VV zu § 26 LHO nach steuerlichen Grundsätzen ermittelte Rückstellungen gebildet.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

» Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens, einschließlich der Abschreibungen für 2012, ist im Anlagenspiegel dargestellt. Die Darstellung entspricht den Vorschriften von § 268 (2) HGB.

Der LGV hat in 2012 Investitionen in Höhe von rd. 522 Tsd. EUR durchgeführt. Diese wurden entsprechend als Zugänge im Anlagevermögen gebucht.

» Vorräte

Die wertmäßige Zusammensetzung der Vorräte kann Abb. 1 entnommen werden. Die Fertigerzeugnisse werden in der Regel zu Herstellungskosten angesetzt.

Abb. 1

Vorräte	EUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	17.599,78
Fertige Erzeugnisse und Waren	74.422,60
Summe	92.022,38

» Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Stand der Forderungen ist in Abb. 2 dargestellt. Zur Abdeckung des Ausfallrisikos der Forderungen gegen Dritte wurden Pauschalwertberichtigungen auf die zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Jahresabschlusses 2012 noch offenen Posten nach folgender Staffel vorgenommen:

Fälligkeit > 180 Tage: 50 % Wertberichtigung

Fälligkeit > 270 Tage: 75 % Wertberichtigung

Fälligkeit > 360 Tage: 100 % Wertberichtigung

Zur Berücksichtigung der von den Behörden teilweise in Anspruch genommenen langen Zahlungsfristen wurden fällige Forderungen gegen diese Kundengruppe, die zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Jahresabschlusses 2012 noch nicht ausgeglichen waren, abgezinst (Diskontierungszinssatz: 6 % p.a.).

Abb.2

Forderungsspiegel des Geschäftsjahres per 31.12. in EUR				
Art der Forderung	Gesamtbetrag am 31.12. des Geschäftsjahres	mit einer Restlaufzeit		Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	248.889,50	248.342,34	547,16	275.442,86
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen u. Beteiligungsunternehmen	996.157,29		996.157,29	1.563.678,65
3. Forderungen gegen die FHH	6.979.779,76		6.979.779,76	6.548.329,39
4. Sonstige Vermögensgegenstände	327.285,19	327.285,19		104.344,80
Summe aller Forderungen	8.552.111,74	1.571.784,82	6.980.326,92	8.491.795,70

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Forderungen an diverse private Kunden. In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen sind ausschließlich Forderungen gegen vollkonsolidierte Unternehmen enthalten.

Die Forderungen gegen die FHH enthalten die Gewährleistungszusagen der Stadt für Pensions-, Altersteilzeit- und Beihilfeansprüche der Bediensteten des Landesbetriebes.

Gemäß Nr. 3.2.2.2 der VV zu § 26 LHO müssen Landesbetriebe, die sich ganz oder zu nicht unwesentlichen Teilen aus dem Haushalt finanzieren, die Dotierung der Pensionsrückstellung durch eine Forderung gegen die FHH mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr in der Bilanz neutralisieren. Diese Ausgleichsforderung beträgt rd. 4,6 Mio. EUR.

Gemäß Nr. 3.2.2.4 der VV zu § 26 LHO ist analog der vorstehend genannten Regelung ein Ausgleichsanspruch für passivierte Altersteilzeitverpflichtungen einzustellen. Hieraus resultiert eine Ausgleichsforderung in Höhe von rd. 1,6 Mio. EUR.

Gemäß Nr. 3.2.2.3 der VV zu § 26 LHO ist seit 2007 auch ein Ausgleichsanspruch für passivierte Beihilfeverpflichtungen einzustellen. Per 31.12.2011 beträgt dieser Anspruch rd. 0,85 Mio. EUR.

In den sonstigen Vermögensgegenständen werden überwiegend Forderungen an die Finanzbehörde aufgrund von Erstattungsansprüchen des LGV sowie Forderungen an die Kasse Hamburg für die Verzinsung der Geschäftskonten des LGV ausgewiesen.

» **Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten, Forderungen gegen die Kasse Hamburg**

Der LGV wickelt seinen Zahlungsverkehr überwiegend über ein Girokonto bei der Deutschen Bundesbank ab. Daneben verfügt der LGV über ein Girokonto bei der HASPA, über welches hauptsächlich die EC-Kartenzahlungen des Kundenzentrums sowie der Handvorschuss des LGV abgewickelt werden. Nicht benötigte Liquidität wird auf das Geschäftskonto bei der Kasse Hamburg abgeführt (s. Abb. 3).

Abb. 3

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten, Forderungen gegen die Kasse Hamburg	EUR
Girokonto Hamburger Sparkasse	12.474,89
Girokonto Deutsche Bundesbank	0,00
Geschäftskonto Kasse Hamburg	17.903.219,31
Investitionszuschüsse Kasse Hamburg	0,00
Pensionsrückstellungen Kasse Hamburg	1.334.472,63
Handvorschuss	158,84
Summe	19.250.325,67

» Rechnungsabgrenzungsposten

In der aktiven Rechnungsabgrenzung ist insbesondere der abzugrenzende Aufwand für Miet- und Pflegeverträge enthalten.

» Eigenkapital

Der Jahresabschluss wurde unter teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt. Die in 2012 geflossenen Betriebszuschüsse haben den Jahresfehlbetrag 2012 vollständig ausgeglichen und darüber hinaus zu einem Überschuss in der GuV in Höhe von 1.210.330,53 EUR geführt, der in der Bilanz als Bilanzgewinn unter dem Eigenkapital ausgewiesen wird. Auf Basis einer Ergebnisverwendungsentscheidung der Aufsicht führenden Behörde vom 28.09.2012 wurde außerdem der Bilanzgewinn aus dem Jahr 2011 i.H.v. 292.705,37 EUR der Kapitalrücklage zugeführt. Per 31.12.2012 ergibt sich folgender Eigenkapitalbestand:

Abb. 4

	Grundkapital EUR	Kapitalrücklage EUR	Bilanzgewinn/ -verlust EUR	Eigenkapital EUR
Stand 1. 1.	6.343.980,01	9.004.237,22	292.705,37	15.640.922,60
Zuführung Bilanzgewinn 2011 an Kapitalrücklage		292.705,37	-292.705,37	
Abführung an den Haushalt		-500.000,00		-500.000,00
Jahresergebnis			1.210.330,53	1.210.330,53
Stand 31.12.	6.343.980,01	8.796.942,59	1.210.330,53	16.351.253,13

Weiterhin hatte die BSU als Aufsicht führende Behörde den LGV im Haushaltsjahr 2011 als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu einer Ablieferung an den Haushalt i.H.v. 1,5 Mio. EUR verpflichtet. Diese ist aus der Kapitalrücklage zu kompensieren, die sich in den letzten Jahren aus der Erwirtschaftung von Überschüssen aufgebaut hat. Von der angeordneten Ablieferung hatte die BSU per 31.12.2011 bereits 250 Tsd. EUR erhalten. In 2012 ist eine weitere Ablieferung i.H.v. 750 Tsd. EUR erfolgt (500 Tsd. EUR als direkte Abführung, 250 Tsd. EUR über die Absenkung hoheitlicher Entgelte.) Der restliche Betrag i.H.v. 500 Tsd. EUR verbleibt lt. Beschluss der BSU zunächst in der Kapitalrücklage und soll bei Bedarf zur Deckung der Kosten für den Umzug des Betriebes in das neue Dienstgebäude in Wilhelmsburg verwendet werden.

» Sonderposten für Investitionszuschüsse

Aufgrund einer von der Finanzbehörde getroffenen Ausnahmeregelung zu den VV zu § 26 LHO sind durch Zuschüsse finanzierte Investitionen als Sonderposten auf der Passivseite der Bilanz darzustellen. Die Sonderposten werden in Höhe der jährlich anfallenden Abschreibungen ergebniswirksam aufgelöst.

Der LGV hat im Jahr 2012 Investitionszuschüsse für IT-Maßnahmen aus dem IT-Globalfonds der Finanzbehörde i.H.v. 29.736,74 EUR als Sonderposten passiviert. Bei den bezuschussten Investitionen handelt es sich um 2 Maßnahmen zur Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie sowie um Zuschüsse für Standardersatzbedarf (nonBasis). Eine ertragswirksame Auflösung von Sonderposten betrug 326.614,82 EUR.

» Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die Pensionsrückstellungen mit einem Volumen von rd. 5,1 Mio. EUR wurden durch ein Gutachten der ABV Aktuar- und Beratungsgesellschaft für betriebliche Altersversorgung mbH, Hamburg ermittelt. Das Gutachten vom 04. Februar 2013 wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 6 % p.a. ermittelt.

Gemäß Nr. 3.2.2.2 der VV zu § 26 LHO sind bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs die Beschäftigungszeiten zu berücksichtigen, die die nach dem 31.12.1986 in den Dienst der FHH eingetretenen Beschäftigten beim LGV verbraucht haben. Bei den ab 1987 erteilten Zusagen handelt es sich um 138 Anwartschaften aktiver Angestellter und Arbeiter, 13 laufende Leistungen an ehemalige Angestellte und Arbeiter sowie um 55 Anwartschaften aktiver Beamter.

Für weitere Pensionsverpflichtungen in Höhe von 8,1 Mio. EUR (155 Anwartschaften aktiver Angestellter und Arbeiter, 25 Anwartschaften aktiver Beamter, 112 laufende Leistungen) wurde das Wahrecht (Zusage vor dem 1.1.1987) dahingehend in Anspruch genommen, dass keine Passivierung erfolgt.

Beihilferückstellungen

Der LGV als Teil der öffentlichen Verwaltung ist verpflichtet, pensionierten und aktiven Beamten während der Zeit ihres Ruhestandes Beihilfen zu gewähren. Hierfür wird seit 2004 (Eröffnungsbilanz) eine Rückstellung gebildet, die jährlich angepasst wird. Dieser Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen liegt ein Gutachten der ABV Aktuar- und Beratungsgesellschaft für betriebliche Altersversorgung mbH, Hamburg zugrunde. Das Gutachten vom 14. Januar 2013 wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,5 % p.a. ermittelt. Für die Bewertung wurde davon ausgegangen, dass an Beamte im Ruhestand eine durchschnittliche jährliche Beihilfe in Höhe von 11% der jährlichen Pensionszahlungen geleistet wird. Bei aktiven Beamten wurde eine ab dem Beginn des Ruhestandes zu zahlende durchschnittliche jährliche Beihilfe in Höhe von 8,0 % der jährlichen Aktivbezüge zugrunde gelegt. Die so ermittelten Ansprüche bzw. Anwartschaften wurden als Anwartschaft auf lebenslange Rentenleistungen bewertet. Die Bewertung erfolgte mit dem

versicherungsmathematischen Teilwert. Die Rückstellung in Höhe von rd. 2,8 Mio. EUR umfasst einen Personenkreis von 80 aktiven Beamten und 25 Beamten im Ruhestand.

Rückstellungen zur Ruhegeldversorgung

Bei den Rückstellungen für Arbeitnehmerbeiträge RGG in Höhe von rd. 799 Tsd. EUR handelt es sich um Beiträge der Angestellten und Arbeiter zur Ruhegeldversorgung gemäß Ziffer 3.2.7 der VV zu § 26 LHO. Diese Rückstellungen werden nur für die Angestellten und Arbeiter gebildet, für die der LGV keine Pensionsrückstellungen passiviert.

Sonstige Rückstellungen

Gemäß Nr. 3.2.2.5 der VV zu § 26 LHO besteht ein Wahlrecht zur Bilanzierung von Urlaubsrückstellungen. Die vom LGV ermittelte Rückstellung basiert auf einem Mengengerüst von 3.466 Tagen. Dieses wurde bei einer durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von 785 Stunden mit einem Stundensatz von 28 EUR bewertet, woraus sich ein Gesamtrückstellungsbedarf von rd. 762 Tsd. EUR ergibt.

Die Rückstellung für Zeitguthaben in Höhe von 174 Tsd. EUR basiert auf einem Mengengerüst von 6.222 Stunden zum 31.12.2011, die pauschaliert mit einem Stundensatz von 28 EUR bewertet wurden.

Die Rückstellung für Altersteilzeit beruht auf einem Gutachten der ABV Aktuar- und Beratungsgesellschaft für betriebliche Versorgung mbH, Hamburg. Das Gutachten ist datiert vom 08. Januar 2013. Der LGV hat gemäß VV zu § 26 LHO die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen in steuerlich zulässigem Umfang gebildet (1,51 Mio. EUR).

Neben den handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Geschäftsunterlagen muss der Landesbetrieb wegen seiner hoheitlichen Aufgaben gemäß Hamburgischer Bauordnung und Hamburger Vermessungsgesetz einen Großteil seiner Unterlagen dauerhaft aufbewahren. Hierfür wurde eine Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen in Höhe von 277 Tsd. EUR gebildet.

Der LGV hat gegenüber seinem derzeitigen Vermieter für die angemieteten Büroflächen Verpflichtungen für den Rückbau von Veränderungen im Grundriss, vertraglich vereinbarte Renovierungskosten, den Rückbau von Elektrotechnik und EDV sowie den Rückbau von Klima- und Lüftungsgeräten i.H.v. rd. 440 Tsd. EUR.

Verpflichtungen aus Jubiläumszuwendungen sind in Anwendung der VV zu § 26 LHO nicht passiviert worden.

Rückstellungsspiegel

Die Veränderungen bei den einzelnen Rückstellungen insgesamt sind dem Rückstellungsspiegel (Abb. 5) zu entnehmen.

Abb.5

Rückstellungsspiegel in EUR				
	Stand 31.12.2011	Zuführung	Auflösung	Stand 31.12.2012
Pensionsrückstellungen	4.497.712,00	588.858,00	0,00	5.086.570,00
Beihilferückstellungen	2.628.174,00	205.425,00	0,00	2.833.599,00
RGG-Beiträge	730.214,66	69.197,70	0,00	799.412,36
Urlaubsrückstellungen	685.778,00	75.777,00	0,00	761.555,00
Überstundenrückstellungen	134.811,00	39.405,00	0,00	174.216,00
Altersteilzeitrückstellungen	1.815.180,00	0,00	304.728,00	1.510.452,00
Sabbatjahre	0,00	0,00	0,00	0,00
Rückbauverpflichtung	440.395,71	0,00	0,00	440.395,71
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	274.868,79	2.053,30	0,00	276.922,09
Prozesskostenrückstellungen	300.000,00	0,00	0,00	300.000,00
sonstige Rückstellungen	295.186,92	138.144,69	295.186,92	138.144,69
Noch nicht berechnete LuL	142,69	52.477,40	142,69	52.477,40
Gesamt	11.802.463,77	1.171.338,09	600.057,61	12.373.744,25

» Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten betreffen Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen, erhaltenen Anzahlungen sowie sonstige Verbindlichkeiten (s. Abb. 6).

Abb. 6.

Art der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag des Geschäftsjahres	mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	von 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
1. Verb. ggü. Kreditinstituten	0,00	0,00		
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	60.690,00	60.690,00		
3. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	187.435,49	187.435,49		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	130.824,23			
davon aus Steuern	128.123,53	128.123,53		
davon aus LuL mit verspätetem Rechnungseingang	2.710,70	2.710,70		
5. Verb. ggü. verbundenen Unternehmen	79.916,81	79.916,81		
6. Verb. ggü. der FHH	0	0		
Summe aller Verbindlichkeiten	458.876,53	458.876,53		

Bei den erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen handelt es sich um eine Anzahlung des Landesamtes Geoinformation und Vermessung Schleswig-Holstein für die Umsetzung des gemeinsamen Projekts Geoserver.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Höhe von 128.123,53 EUR enthalten. Umsatzsteuervoranmeldungen an die Finanzbehörde sind monatlich zu erstellen. Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten daher nur die Zahllasten aus der Abrechnung für Dezember sowie aus der Jahresspitzabrechnung.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

» Umsatzerlöse

Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus gewerblicher Tätigkeit auch Erlöse für hoheitliche Aufgabenwahrnehmung im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in den Geschäftsfeldern Grundstückswertermittlung, Geogrundlagendatenpflege und Liegenschaftskatasterpflege. Der LGV hat für die Wahrnehmung dieser Aufgaben mit der BSU im Rahmen einer Zielvereinbarung entsprechende Entgelte vereinbart, die der Behörde quartalsweise in Rechnung gestellt werden. In 2012 belaufen sich die gesamten Umsatzerlöse auf 23.309.318,86 EUR (ohne Erlösschmälerung). Ihre Zusammensetzung ist in Abb. 7 dargestellt.

Abb. 7

Umsatzerlöse	EUR
Benutzungsgebühren Vermessungswesen	3.406.844,82
Umsatzerlöse Gutachterausschuss	2.255.870,96
Umsatzerlöse Medien / Druck	571.494,85
Umsatzerlöse Kommunale Vermessung	3.016.642,70
Umsatzerlöse Abgabe Geodaten	2.384.700,00
Umsatzerlöse Sonstige Leistungen	1.287.389,53
Verwaltungsgebühren Vermessungswesen	1.500,00
Entgelte für Geogrundlagendatenpflege	6.448.689,00
Entgelte für Liegenschaftskatasterpflege	3.936.187,00
Erlösschmälerung	-97,57
Summe	23.309.221,29

» Aufwendungen und Erträge aus Bestandsveränderungen

Aufgrund von Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen haben sich im Geschäftsjahr 2012 insgesamt Erträge aus Bestandserhöhungen i.H.v. rd. 4 Tsd. EUR ergeben.

» **Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf rd. 1.389 Tsd. EUR. Hierin enthalten sind unter anderem rd. 326 Tsd. EUR Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen, rd. 353 Tsd. EUR aus der Auflösung von Rückstellungen, 392 Tsd. EUR periodenfremde Erträge sowie 304 Tsd. EUR aus Erstattungsansprüchen an konsolidierte Unternehmen für Vorleistungen des LGV.

» **Materialaufwand**

Der Materialaufwand ist gegenüber 2011 um rd. 285 Tsd. EUR gesunken und befindet sich damit wieder auf dem Niveau von 2010. Hauptgrund hierfür sind niedrigere Aufwendungen für die Inanspruchnahme von IT-Leistungen durch Dataport sowie auch für die Inanspruchnahme von Leistungen anderer Dienstleister.

» **Personalaufwand**

Der Personalaufwand ist gegenüber 2011 um rd. 634 Tsd. EUR gestiegen und beläuft sich auf rd. 19,9 Mio. EUR. Dies beruht überwiegend auf Steigerungen bei den Gehältern, bei den Beihilfen sowie den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen.

» **Abschreibungen**

Der LGV weist in seiner Gewinn- und Verlustrechnung Abschreibungen auf Basis des für die Eröffnungsbilanz auf den 1.1.2004 ermittelten und ab 2004 fortgeschriebenen Anlagevermögens i.H.v. 855 Tsd. EUR aus.

» **Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber 2011 um rd. 38 Tsd. EUR gestiegen. Dem zugrunde liegen sowohl Erhöhungen als auch Absenkungen in unterschiedlichen Aufwandskonten, die sich im Ergebnis zu der genannten Erhöhung saldieren.

» **Außerordentliche Erträge**

Gemäß Nr. 3.2.2.2, 3.2.2.3 und 3.2.2.4 der VV zu § 26 LHO hat der LGV den Aufwand für die Zuführung an die Pensions- und Beihilferückstellung sowie die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen durch eine außerordentliche Ertragsbuchung zu neutralisieren. Für 2012 beläuft sich dieser Ertrag auf rd. 431 Tsd. EUR.

» **Verlustübernahme aus dem Haushalt / Jahresergebnis**

Den Vorgaben der Bewertungs- und Bilanzierungsstandards der Finanzbehörde entsprechend wurde in die Gewinn- und Verlustrechnung eine Position zum Ausweis von Erträgen aus Verlustübernahmen eingestellt (Sachkonto 337100/ Verlustausgleich). Darauf gebucht wurden alle erhaltenen Betriebsmittelzuschüsse einschließlich der Versorgungszuschüsse.

Im Ergebnis ergibt sich ein Jahresüberschuss i.H.v. 1.272.807,57 EUR, der in der Bilanz als Bilanzgewinn unter dem Eigenkapital ausgewiesen wird.

V. Sonstige Angaben

» **Geschäftsleitung**

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden die Geschäfte des LGV durch den Geschäftsführer Herrn Dr. Winfried Hawerk und den stellvertretenden Geschäftsführer Herrn Rolf-Werner Welzel geführt.

» **Aufsichtsgremien**

Die Aufsicht obliegt der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Sie wurde insbesondere durch den in 2012 amtierenden Senatsdirektor der Behörde, Herrn Dr. Horst-Michael Pelikahn, sowie nach dessen Weggang durch den Beauftragten für den Haushalt der BSU (Präses-Verfügung vom 25.05.2012), Herrn Jens Matthes, im Rahmen ihrer üblichen Tätigkeit ausgeübt.

Darüber hinaus besteht ein Verwaltungsrat als weiteres Aufsichtsgremium. Der Verwaltungsrat des LGV besteht aus sechs Mitgliedern; den Vorsitz führte in 2012 zunächst Herr Dr. Pelikahn, ab dem 25.05.2012 dann Herr Werner Koch (Leitung Amt für Bauordnung und Hochbau der BSU). Das Gremium ist in 2012 zwei Mal zusammengetreten.

» **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Der durchschnittliche Personalbestand hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

Abb. 8

	2012	2011
Gesamt	371	379
Frauen	176	178
Männer	195	201
Beamte	80	81
Tarifbeschäftigte	291	298

Angestellte und Arbeiter werden in der Gruppe Tarifbeschäftigte zusammen ausgewiesen.

Die Anzahl der Mitarbeiter wurde gemäß § 267 Abs. 5 HGB ermittelt. Es befinden sich 35 Mitarbeiter in der Altersteilzeit.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2011 / 2012

	2012 in EUR	2011 in EUR	2010 in EUR
1. Umsatzerlöse	23.309.221,29	22.805.016,04	22.974.450,66
2. Erhöhung und Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4.415,11	10.823,00	-54.730,58
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.593.195,31	936.339,22	1.264.739,54
5. Materialaufwand	-2.643.023,54	-2.928.036,30	-2.647.421,72
6. Personalaufwand	-19.940.771,40	-19.306.986,87	-19.522.336,35
7. Abschreibungen	-855.475,33	-915.976,56	-985.606,65
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.812.104,89	-3.712.436,28	-3.632.358,16
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00
11. Zinsen und ähnliche Erträge	46.951,51	173.993,65	81.754,09
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.053,30	0,00	0,00
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.299.645,24	-2.937.264,10	-2.521.509,17
15. Außerordentliche Erträge	431.450,37	348.585,73	699.743,03
16. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
17. Außerordentliches Ergebnis	431.450,37	348.585,73	699.743,03
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00
19. Sonstige Steuern	-3.123,26	-3.504,79	-4.007,01
20. Abführungen an den Haushalt	0,00	0,00	0,00
21. Verlustübernahme aus dem Haushalt (Betriebsmittelzuschüsse)	3.081.648,66	2.884.888,53	2.493.626,35
22. Jahresüberschuss	1.210.330,53	292.705,37	667.853,20

BILANZ 2011 / 2012

Aktiva	31.12.12	31.12.11	31.12.10
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	1.372.544,38	1.525.482,49	1.563.066,30
2. Daten	600.675,86	713.174,93	362.964,03
3. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	135.707,19
	1.973.220,24	2.238.657,42	2.061.737,52
II. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen	64.711,94	129.564,45	254.054,77
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	270.500,88	245.499,80	311.712,92
3. GWG-Sammelkonto	30.877,19	37.609,43	35.674,24
4. Kraftfahrzeuge	89.719,75	152.338,33	239.654,94
5. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	15.160,87	15.160,87	14.040,22
	470.970,63	580.172,88	855.137,09
	2.444.190,87	2.818.830,30	2.916.874,61
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	17.599,78	21.480,77	23.306,68
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	74.422,60	65.218,58	47.626,06
	92.022,38	86.699,35	70.932,74
II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	248.889,50	275.442,86	1.299.313,45
– davon mit Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 547,16 EUR			
2. Forderungen aus LuL ggü. verbundenen Unternehmen	996.157,29	1.563.678,65	
3. Forderungen an die FHH aufgrund Gewährleistungszusage	6.979.779,76	6.548.329,39	6.199.743,66
4. Sonstige Vermögensgegenstände	327.285,19	104.344,80	397.975,80
– davon mit Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 EUR			
	8.552.111,74	8.491.795,70	7.897.032,91
III. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten, Forderungen gegen die Kasse Hamburg	19.250.325,67	18.323.235,88	17.104.000,94
C. Rechnungsabgrenzungsposten	212.163,43	190.529,88	182.568,02
Bilanzsumme	30.550.814,09	29.911.091,11	28.171.409,22

Passiva	31.12.12	31.12.11	31.12.10
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
1. Grundkapital	6.343.980,01	6.343.980,01	6.343.980,01
2. Kapitalrücklage	8.796.942,59	9.004.237,22	8.336.384,02
3. Bilanzgewinn	1.210.330,53	292.705,37	667.853,20
	16.351.253,13	15.640.922,60	15.348.217,23
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.326.705,18	1.623.583,26	1.611.566,43
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.719.581,36	7.856.100,66	7.318.116,27
2. Sonstige Rückstellungen	3.654.162,89	3.946.363,11	3.385.410,12
	12.373.744,25	11.802.463,77	10.703.526,39
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	60.690,00	340.722,20	24.858,37
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	267.352,30	354.522,10	359.290,77
– davon mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 267.352,30 EUR			
4. Sonstige Verbindlichkeiten	130.834,23	136.039,18	78.436,03
– davon mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 2.710,70 EUR			
– davon aus Steuern: 128.123,53 EUR			
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 EUR			
	458.876,53	831.283,48	462.585,17
E. Rechnungsabgrenzungsposten	40.235,00	12.838,00	45.514,00
Bilanzsumme	30.550.814,09	29.911.091,11	28.171.409,22

IMPRESSUM

Herausgeber

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

Telefon: 040 / 4 28 28 - 0

Fax: 040 / 4 27 31 04 09

E-Mail: info@gv.hamburg.de

Internet: www.geoinfo.hamburg.de

Vi.S.d.P: Thomas Mielcarek

Gestaltung:

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Mediengestaltung

Auflage: 300

gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Erscheinungstermin und Stand:

November 2013

